

J. publ. G.

8976



~~Aug. 24 1866.~~

his  
puckl

Hist. prof.

Eccles. Saxonicae

J. Puckl germ. 1897<sup>6</sup>

Zachariae

m



J. publ. 9.  
897 b

G e g e n

d a s

a u s s c h l i e s s e n d e

Sitz - und Stimmrecht

des alten Adels

a u f d e n

Chursächsischen Landes-Versammlungen.

---

v o n

Karl Salomo Zachariä,

Hofgerichts-Beisitzer und öffentl. Rechtslehrer auf  
der Univ. Wittenberg.

---

Leipzig,

in der Sommerschen Buchhandlung.

1805.



Fortuna non mutat genus.

Horat.

Bayerische  
Staatsbibliothek  
München



---

## Einleitung.

**D**ie Landstände in den alten Erblanden des Churfürsten von Sachsen, von welchen in dieser Schrift allein die Rede seyn wird, theilen sich in 3 Klassen: die Prälaten, Grafen und Herren; die Ritterschaft und die Städte.

Das Stimmrecht in der ritterschaftlichen Curie hängt im Allgemeinen von dem Eigenthume an einem Rittergute ab. Jedoch sind zuvörderst die Rittergüter in Beziehung auf jenes Stimmrecht entweder schriftsässige oder amtsässige Rittergüter. Den Eigenthümern schriftsässiger Rittergüter steht eine Viril-Stimme auf Landesver-



sammlungen zu. Hingegen die Amtsassen in einem jeden Amte können nur durch einige aus ihrem Mittel zu erwählende Abgeordnete auf Landtagen erscheinen. Ferner kann von den Besitzern schriftsässiger Rittergüter jenes Stimmrecht nur in so fern ausgeübt werden, als sie von altem Adel sind, d. h. 4 Ahnen von der Seite des Vaters, und eben so viele von der Mutter her nachweisen können. Die Besitzer amtsässiger Rittergüter wählen zwar ohne Unterschied, sie mögen von Adel oder bürgerlicher Herkunft seyn, diejenigen, von welchen sie auf Landtagen repräsentirt werden. Allein diese Abgeordneten selbst müssen ebenfalls von altem Adel seyn.

Es konnte nicht fehlen, daß dieses Vorrecht des alten Adels lebhafter, als je, in unserm Zeitalter zur Sprache kommen mußte. Denn der Gang, den die Cultur



unter uns genommen hat, zeichnet sich unter andern dadurch aus, daß Gespräche und Untersuchungen über die innern Angelegenheiten des Staates an der Tagesordnung sind, anstatt daß man sich ehemals mehr für die auswärtige Politik interessirte; daß man die Verfassungen der Staaten und die Maximen ihrer Regierungen mehr nach rechtlichen, als nach politischen Grundsätzen zu beurtheilen anfang: ganz so, wie der einzelne Mensch früher auf die Aussenwelt, als auf sein Inneres den Blick richtet, und nur auf einer höhern Stufe der Cultur seine Neigungen oder seinen Eigennutz dem Gefühle der Pflicht unterordnet.

Daß jene Untersuchungen über das ausschliessende Sitz- und Stimmrecht des alten Adels auf den Chursächsischen Landes-Versammlungen nicht selten eine leidenschaftliche Richtung nehmen mußten,



war eben so wohl in dem natürlichen Laufe der Dinge. Schon für sich betrafen diese Untersuchungen die Rechte des einen und die Ansprüche des andern Theils; aber sie griffen noch ausserdem auf das genaueste in die allgemeinen politischen Streitfragen ein, für welche fast ganz Europa auf die eine oder auf die andere Weise Parthey genommen hatte.

Wenn ich daher jetzt als Schriftsteller gegen jenes Vorrecht des alten Adels aufzutreten wage, so habe ich gar sehr das Vorurtheil zu fürchten, daß auch meine Feder mehr von der Partheylichkeit gegen einen gewissen Stand, als von denjenigen Triebfedern geleitet worden sey, die den Schriftsteller, der über die Verfassung seines Vaterlandes spricht, allein bestimmen sollten. Doch die Veranlassung, die ich zu der Ausarbeitung der gegenwärtigen Schrift hatte, soll mich, wie ich hoffen



darf, von diesem Vorwurfe befreyen. Eine namhafte Anzahl von altadlichen Landtagsfähigen Rittergutsbesitzern, denen das Wohl des Vaterlandes und die Fortdauer der bestehenden Verfassung schon wegen des Umfangs ihrer Besitzungen im höchsten Grade heilig seyn muß, forderte mich auf, einen Gegenstand vor das Publikum zu bringen, der ihnen eben mit dem Gemeinbesten in dem genauesten Zusammenhange zu stehn schien. Wäre es mir erlaubt, die Grundsätze öffentlich bekannt zu machen, die jene Männer in einem Privatschreiben gegen mich geäußert haben, so dürfte ich gewiß hoffen, daß man die folgende Ausführung eher aus dem Gesichtspunkte einer Lobrede auf unsern Adel betrachten, als sie für einen Angriff auf dessen Rechte halten würde.

Ehe ich jedoch diesen für mich so ehrenvollen Auftrag annahm, mußte sich



mir (auch abgesehen von meinem Berufe zum Schriftsteller, dessen ich nicht mit stolzer Bescheidenheit Erwähnung thun will,) die Frage aufdringen: Ob jener Gegenstand auch überhaupt zur Publicität geeignet sey, oder nicht? Zwar lebe ich in einem Lande, dessen weiser Regent einem Jeden verstatet, auch über öffentliche Angelegenheiten seine Stimme mit derjenigen Bescheidenheit bekannt zu machen, die ohnehin die Pflicht eines jeden politischen Schriftstellers ist. Aber eben unter einer solchen Regierung ist es für den Schriftsteller doppelt Pflicht, die möglichen Nachtheile, die aus einer öffentlichen Untersuchung über einen gewissen politischen Gegenstand entstehen können, in ihrem ganzen Umfange zu prüfen, ehe er zur Bekanntmachung seiner Gedanken schreitet, um nicht durch eine strafbare Unvorsichtigkeit die Regierung für die Zukunft



zu strengern Maafsregeln aufzufordern. Es sey mir daher erlaubt, hier einige Gedanken über Publicität in der Kürze aufzustellen, auf welche mich die Beantwortung der obigen Frage leitete.

Die Menschen können überhaupt entweder durch Meinungen, oder durch physischen Zwang — durch Geld- und Heeresmacht — beherrscht werden; (ein Satz, der schon dem Mittelalter nicht unbekannt war.) Um die Menschen durch physischen Zwang zu regieren, wird eine physische Gewalt erfordert, d. h. eine Macht, welcher Niemand widerstehen kann; und diese Gewalt ist die Staatsgewalt. Im Reiche der Meinungen hingegen ist das höchste Gesetz: Freiheit, und der einzige Weg, über die Meinungen Anderer zu herrschen, wenn man dieses anders eine Herrschaft nennen kann, ist der, durch Gründe auf die Ueberzeugung Anderer zu





wirken. Das Mittel, zu dieser Herrschaft zu gelangen, ist daher mit andern Worten, Publicität, d. h. freye Mittheilung der Gedanken; gerade so wie im Staate umgekehrt die Concentrirung der Gewalten das beste Mittel ist, die Herrschaft des Souverains zu verstärken. Es kann zwar die Ausbreitung gewisser Meinungen auch durch physische Gewalt bald befördert, bald verhindert werden. Aber Niemanden läßt sich irgend eine Ueberzeugung schlechthin aufdringen. Nur in so fern können Meinungen ihre ganze belebende Kraft über das Gemüth des Menschen ausüben, als sie die Folge einer freyen Wahl sind; ja es würde wider alle Begriffe von Recht und Sittlichkeit verstossen, wenn die Freiheit der Meinungen (die Vernunft,) einem blinden Naturmechanismus unterworfen werden sollte. Ahnet man von dieser Freiheit der Meinungen, und mithin von



der Publicität, Gefahr für die Sicherheit des Staates, so hat man in so fern vollkommen recht, als diese Freiheit so weit gehen sollte, selbst Widersetzlichkeit gegen die bestehende Regierung mittelbar oder unmittelbar zu predigen. Allein sobald sie sich blos auf Tadel der Verfassung beschränkt, so ist es vielmehr für den Staat gefährlich, diese Freiheit auf irgend eine Weise zu beschränken. Denn nur dann kann die Regierung ihre Zwecke am vollkommensten erreichen, wenn sie von der öffentlichen Meinung unterstützt wird; und eben diese öffentliche Meinung gedeiht nur in dem Lichte der Freiheit, während die Regierung die Allmacht jener Triebfeder höchstens nur zu lähmen vermag. Die politische Maxime, der Publicität Fesseln anzulegen, scheint darauf hinauszulaufen, daß die Regierung sich für unverbesserlich hält, oder die Unterthanen



einer blinden Nothwendigkeit unterwerfen will; wenn es aber irgend einen Grund gäbe, eine Revolution zu beschönigen, so wäre es gerade ein solches Verfahren von Seiten der Regierung: und am Ende dürfte doch dieser Kampf gegen die öffentliche Meinung zum Vortheile der letztern ausschlagen. Denn eine Verfassung kann nie in sich selbst, sondern nur in dieser öffentlichen Meinung ihre Gewährleistung finden; während Ueberzeugungen auf die Dauer ganz allein durch ihren innern Werth bestehen können.

Diese und andere Gedanken, die ich hier nur andeuten konnte, bestimmten mich denn, den mir gethanen Auftrag zu übernehmen. Eine jede Ueberlieferung der Vorzeit hat die Vermuthung der Vortrefflichkeit für sich; denn in dem Herkommen liegen weit öfterer die Resultate eines tiefern Nachdenkens, als man



gewöhnlich zu glauben geneigt ist. Doch selbst das festeste und lange mit Vorthail bewohnte Gebäude kann durch die Länge der Zeit oder bey veränderten Verhältnissen in einzelnen Theilen schadhaft oder unbrauchbar werden. Wer kleine Verbesserungen zu machen vernachlässiget, setzt am Ende die Dauerhaftigkeit des Ganzen aufs Spiel. Nur wird der sorgsame Hauswirth nicht ohne die vielseitigste Prüfung Hand ans Werk legen, um nicht durch angebliche Verbesserungen den Einklang des Ganzen zu stören, oder vielleicht einen Hauptpfeiler des Gebäudes wankend zu machen. Willkommen aber wird ihm selbst der Rath der Nichtkunstverständigen seyn; weil er wenigstens in dem Kenner eine neue Idee wecken oder ein altes Vorurtheil bekämpfen kann.

Der in dieser Schrift zu befolgende Plan ergab sich übrigens aus dem Gegen-



stande und dem Zwecke derselben von selbst. Die Geschichte ist die Basis unserer Verfassung; ein Vorschlag, diese zu verändern, ist schlechthin verwerflich, wenn er sich nicht mit den Grundsätzen des Rechts vereinigen läßt; erst unter dieser Voraussetzung kann von den Vortheilen der vorgeschlagenen Veränderung die Rede seyn.



---

### *Erste Abtheilung.*

Ueber den Ursprung des ausschliessenden Sitz-  
und Stimmrechtes, welches dem alten Adel auf  
den Chursächsischen Landesversammlungen  
zusteht.

---

So bald ein Volk in der Cultur nur einige Fortschritte gemacht hat, müssen auch in ihm verschiedene Stände entstehen; d. h. verschiedene Classen, wovon die eine die, die andere eine andere Lebensart wählte. Denn die Theilung der Arbeit ist eine nothwendige Folge von jenem Fortschreiten. Die Mitglieder, welche zu einem und ebendemselben Stande gehören, werden bald durch das Gemeinsame ihres Berufs, ihres Interesses und ihrer darauf sich beziehenden Bildung, einen gewissen allge-



meinen Character annehmen, in eine nähere Verbindung unter sich treten und sich so von allen andern Ständen mehr oder weniger trennen. Anfangs wird diese Trennung ganz allein in der Verschiedenheit, die zwischen der Cultur und den gesellschaftlichen Verhältnissen des einen und des andern Standes eintritt, ihren Grund haben, ohne daß Gesetze und Privilegien eine Scheidewand zwischen ihnen festsetzten. Aber sehr bald wird es der Trägheit oder dem Stolze gelingen, Vorzüge, die ein gewisser Stand bisher seinem Verdienste verdankte, durch Gesetze zu verewigen und um einen leichtern Preis auf seine Nachkommen zu bringen.

Die Art, wie sich in Deutschland verschiedene Stände, im rechtlichen Sinne des Wortes, bildeten, entspricht ganz dieser allgemeinen Darstellung. Als Deutschland ein einziges für sich bestehendes Reich wurde, gab es in diesem Reiche, außer dem regierenden oder dem jetzigen hohen Adel, nur Freye und Nichtfreye



oder Leibeigne. Die Reichern und Mächtignern unter den Erstern beschäftigten sich größtentheils mit den Künsten des Krieges. Als nun, bei steigender Cultur, Städte in Deutschland entstanden, mußten sich sehr bald die freyen Besitzer der Landgüter als ein besonderer Stand, von den Einwohnern der Städte trennen. Während diese durch Handel und Gewerbe sich empor zu arbeiten suchten, lebten jene den Waffen und der Jagd. Der Bürger, verachtet von dem freyen Gutsbesitzer, der keine andre Ehre, als die durch Tapferkeit errungene, kannte, versuchte es lange vergeblich, diese Meinung von seinem Unwerthe zu bekämpfen; und wie hätte er Jenem an gesellschaftlicher Cultur gleichkommen können, da er aller der Vortheile entbehrte, welche schlechterdings zusammentreffen müssen, wenn der Mensch Vertrauen zu sich selbst fassen und Ungezwungenheit im Betragen annehmen soll? Schon der Umstand war in dieser Hinsicht für den freyen Guts-



besitzer entscheidend, daß er in einer größern Ungebundenheit heranwuchs und daß die Waffen seine Hauptbeschäftigung waren. Denn leichter, als einem jeden andern, ist es dem Krieger, das Gefühl eignen Werthes, auf welchem der Anstand im Umgange hauptsächlich beruht, auch in der Gesellschaft zu bewahren.

Dieser Unterschied zwischen beyden Ständen wurde sehr bald in einen rechtlichen Unterschied verwandelt; d. h. aus den freyen Landeigenthümern, besonders aus den mächtigern und reichern unter ihnen, bildete sich ein neuer Erbadel, der noch jetzt unter dem Namen des niedern Adels in Deutschland fort dauert, und gewisse Vorrechte als Rechte der Geburt, genießt. Die Hauptveranlassung zu dieser Veränderung gab das Ritterwesen; daher auch im Mittelalter die Ausdrücke: „von Adel- und von Ritters-Art oder ritterbürtig seyn, der Adel und die Ritterschaft des Landes“ lange gleichbedeutend waren, und noch jetzt den adlichen Gütern der



Name: Rittergüter geblieben ist. Der Zunftgeist, der so große und dauernde Wirkungen im Mittelalter hervorgebracht hat, verbreitete sich auch über die Kunst, die Waffen zu führen. Es mußte diese Kunst zunftmäßig erlernt, und nach den Gesetzen der Zunft, das Meisterrecht in jener Kunst (die Ritterwürde) erlangt werden, sollte anders der Krieger bei feyerlichen Turnieren in den Schranken erscheinen können.

(Nur darinn zeichnete sich diese Zunft von andern aus, daß sie nicht auf einen bestimmten Ort beschränkt war, sondern in der ganzen christlichen Welt eine einzige Gesellschaft bildete.) Es lag schon in der Natur einer Zunftverfassung überhaupt, den Zutritt zu der Innung möglichst zu erschweren. Aber durch besondere Umstände erhielt dieser Hang hier gerade die Richtung, daß alle, die nicht von Zunftgenossen abstammten, von der Gesellschaft ausgeschlossen wurden, und so lange davon ausgeschlossen blieben, bis sich wie-



der in der Folge Adel und Ritterwürde von einander getrennt hatten. Denn wie hätte die Ritterschaft Andere als Ritterbürtige, in ihre Verbindung aufnehmen können, da sie auf die Städter, so wie auf die Leibeignen, aus welchen die Stadtbewohner grossentheils bestanden, mit einer leicht erklärbaren Verachtung herab sah.

Schon mit diesem Satze, daß nur Ritterbürtige unter die Ritterzunft aufgenommen werden könnten, gab es einen Erbadel im rechtlichen Sinne des Worts, d. h. einen Stand, der vermöge seiner Geburt wenigstens Ein Vorrecht vor andern hatte. Doch dieses Vorrecht führte bald zu andern und größern. Die Landgüter, welche die Ritterschaft besaß, mußten, sie mochten Lehn oder Erbe seyn, mit Kriegsdiensten verdient werden. Es war billig, daß nur denjenigen die Erwerbung dieser Güter verstattet wurde, welche die darauf haftenden Dienste zu leisten im Stande waren. Da nun diese Dienste, als das Rit-



terwesen sich über Deutschland verbreitete, nur von gelernten Rittern gethan werden konnten, so war es ganz in der Ordnung, wenn von der Ritterschaft der Satz aufgestellt wurde, daß alle, die nicht von Rittersart wären, auch jene Güter zu erwerben untauglich seyn sollten. Wie hätten sie auch mit denen in Reih und Glied stehn sollen, die von der Ritterzunft längst ausgeschlossen waren? Wie hätte der Bürger selbst ihnen dieses zumuthen können; Er, der den unzünftigen Handwerker als einen Störer seiner Rechte verfolgte?

An beide Rechte reihte sich von selbst ein anderes, das Recht auf Landesversammlungen zu erscheinen. Der Antheil, den das Volk oder ein gewisser Stand im Volke an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten hat, beruhte von jeher auf dem Bedürfniß des Regenten, mit Rath und That von den Unterthanen unterstützt zu werden. Je nachdem dieses Bedürfniß und die Mittel, dasselbe zu befriedigen, durch die Zeitumstände diese



oder eine andere Bestimmung und Richtung erhielten, je nachdem mußte auch die jedesmalige Verfassung der Land- oder Reichstage verschieden seyn. In den frühern Zeiten des Mittelalters konnte es daher in Deutschland nur die Ritterschaft des Landes seyn, an welche sich der Fürst wendete, wenn er die gemeine Noth des Vaterlandes in Berathung ziehn oder Hülfe gegen seine Feinde erlangen wollte. Der Ritter zeichnete sich vor allen andern durch Kriegserfahrung und Kenntniß des Kriegsgebrauches aus; er war es, auf welchem der glückliche Ausschlag der Fehde hauptsächlich beruhte.

Der Bürger hatte anfangs weder die Macht, noch die Absicht, sich den Vorrechten oder Ansprüchen des Adels zu widersetzen. So lange dieser blos die Ritterwürde als sein ausschließliches Eigenthum betrachtete, und sich nur in dieser Hinsicht der Verbindung mit Familien aus dem Bürgerstande enthielt, konnte der Stadtbewohner, welcher selbst dem Zunftgeiste



huldigte, wenig oder nichts gegen die Handlungsweise des Adels einwenden. Als aber der Reichthum des Bürgerstandes immer mehr und mehr zunahm; als der Adel, wenn sich der Bürger ritterschaftliche Güter ankaufen wollte, entweder schlechthin widersprach, oder doch dem bürgerlichen Besitzer nicht dieselben Vorrechte, mit dem adlichen, zugestehn wollte; da erwachte der Kaufmannsgeist des Bürgers und ließ kein Mittel unversucht, wenigstens dieses Vorrecht des Adels zu bekämpfen. Besonders waren es kaiserliche Privilegia, welche der Bürgerstand jenen durch kein Gesetz begründeten Behauptungen des Adels entgegen zu setzen suchte.

Ganz so, wie in dem übrigen Deutschland bildete sich ein niederer Adel in den jetzigen alten Erblanden des Churfürsten von Sachsen. Auch hier behauptete er, ausschließend das Recht zu haben, so genannte Rittergüter zu erwerben. Auch hier erschien er, als Eigenthümer dersel-



ben, ausschliessend auf Landes-Versammlungen. Auch hier suchte sich der Bürgerstand, durch kaiserliche Privilegien, wenigstens in Beziehung auf das Eigenthum an Rittergütern, dem Adel gleich zu stellen.

Diese für den vorliegenden Gegenstand so merkwürdigen Privilegien sind von den Jahren 1329 und 1350. Das erstere, wovon das letztere nur eine Wiederholung ist, lautet, seinem wesentlichen Inhalte nach, so: „*Ad instantem supplicationem et petitionem supplicem illustris Friderici Marchionis Misenensis etc. universis civibus ac oppidanis per principatus, terras et civitates suas, quas nunc possidet et possederit in futuro, inhabitantes, hanc gratiam facimus specialem, quod ipsi bona feudalia, quae equitibus proprie debentur, emere vel quovis alterius contractus titulo recuperare valeant. Nobilitantes praefatos cives ac oppidanos universos ad quaelibet bona feudalia undecunque vel a quocunque descendencia,*



*supplentes auctoritate nostra per praesentes in eis omnem defectum, quem a jure vel consuetudine possent habere, vel pati aliququaliter viderentur. Sic quod de eis ac eorum proventibus libere gaudere possint, et ea cum omnibus suis juribus, tanquam priores naturales vasalli, ex nostra permissione queant abhinc in antea liberaliter possidere.“*

Das eine wie das andere Privilegium wurde den Meißnischen und Thüringischen Bürgern auf Anhalten ihrer Fürsten ertheilt; das erstere von dem Kaiser Ludwig IV. auf Anhalten des Markgrafen Friedrichs, das letztere von dem Könige Karl IV. auf Bitten der Land- und Markgrafen Friedrich, Balthasar, Ludwig und Wilhelm. Der Grund, welcher diese Fürsten bestimmte, das Interesse der Städte zu dem ihrigen zu machen, war wahrscheinlich dieser, daß sie Beden von den Städten erhoben, und sich bei dieser Gelegenheit zur Ausbringung jener Privilegien verbindlich gemacht hatten. Wenigstens findet



man, daß Leipzig, Zwickau und Chemnitz gerade im Jahre 1350 eine außerordentliche Abgabe bewilligten.

Den Worten nach gehn jene Privilegien nur auf diejenigen sächsischen Länder, welche bereits von den nur genannten Fürsten regiert worden sind. Allein mit vollkommenem Rechte kann man sie auch auf die übrigen Erblande des Hauses Sachsen ausdehnen, da ein jedes Privilegium, das ein Landesherr, in der Eigenschaft eines Landesherrn, erhält, auch auf die Nachfolger desselben fortgeht; in jener Urkunde aber die Worte enthalten sind, daß das ertheilte Vorrecht auch auf die Länder gehn solle, welche den darinn genannten Fürsten in Zukunft anfallen würden.

Doch die vorzüglichste Aufmerksamkeit verdient der Inhalt jenes Privilegii selbst. Es kann dieser Inhalt vielleicht am besten so ausgedrückt werden, daß dadurch alle die Vorrechte, welche bisher von Adlichen, als Besitzern solcher Güter ausgeübt



worden waren, nunmehr zu dinglichen Rechten gemacht, oder, daß alle Bürgerliche, in so fern sie Rittergüter erwerben wollten oder würden, in den Adelstand erhoben wurden. Daher wird auch der Vorzug, der dem Bürgerstande durch diese Privilegien zu Theil wurde, mit dem Worte: *Nobilitantes etc.* ausdrücklich in denselben bezeichnet; und noch in spätern Zeiten betrachtete man jenes Vorrecht aus demselben Gesichtspuncte, wenn Churfürst August dem Ritterstande, welcher die Bürger von jenem Rechte auszuschließen trachtete, auf dem Landtage zu Torgau im Jahre 1555 antwortete: „Sie sollten bedenken, wie oft es sich zutrüge, daß Arme von Adel in die Stadt zögen und Bürger würden, und nicht bei Sr. Churfürstl. Gnaden stünde, daß einer seinen Stand veränderte, sondern es müßte solches im ganzen Reich geordnet werden; denn jedes Ding seinen Anfang und Ende hätte.“ Wenn also, nach dem ältern Lehnrechte, (wie der Verfasser des alten Sächs. Lehn-



rechts im 2ten Artikel ausdrücklich bemerkt), der Bürger, der ein Rittergut erwarb, nur ein beschränktes Eigenthum und Erbrecht daran hatte, so fielen jetzt diese Einschränkungen weg. Wenn er bisher nur in dem Lehnshofe des Lehnsherrn ein gültiger Schöppe und Zeuge gewesen war, so konnte er jetzt, wie es auch in einem ähnlichen der Stadt Speyer ertheilten Privilegio ausdrücklich heisst, in einem jeden Lehnshofe Urtheile finden und Zeugniß ablegen. Wenn er bisher von der persönlichen Leistung der Ritterdienste oder von dem persönlichen Erscheinen auf Landesversammlungen ausgeschlossen worden war, so hatte er jetzt in allen diesen Fällen gleiche Rechte mit dem adlichen Rittergutsbesitzer. (*quod ea cum omnibus suis juribus, tanquam priores naturales vasalli, queant abhinc in antea liberaliter possidere.*)

In wie fern die Bürgerlichen, welche bald auch in Sachsen eine nicht unbedeutende Anzahl von Rittergütern an sich brachten, von diesen Vorrechten Gebrauch



machten oder nicht, läßt sich, in Ermangelung ganz bestimmter Nachrichten, nur nach Gründen der Wahrscheinlichkeit bestimmen. Auf der einen Seite ist es freilich auffallend, daß noch im 16ten Jahrhunderte (z. B. im J. 1555 und 1595) das Recht des Bürgerstandes, Rittergüter zu erwerben, von der Ritterschaft auf Landtagen bestritten wurde, ohne daß man in den Landtagsacten einige Nachricht von Protestationen fände, welche von den bürgerlichen Mitgliedern der ritterschaftlichen Curie dagegen eingelegt worden wären. Eben so scheint sich daraus eine bedenkliche Folge für das Erscheinen des bürgerlichen Rittergutsbesitzers auf Landtagen zu ergeben, daß er in den Jahren 1595 und 1622 ausdrücklich angewiesen wurde, die Ritterdienste durch einen von Adel zu leisten. Endlich ist es bemerkenswerth, daß bei den Streitigkeiten, welche späterhin über das in Frage stehende Recht auf Landtagen geführt wurden, von den Gegnern des alten Adels nie ein bestimmter



Fall angeführt wurde, wo auch bürgerliche Rittergutsbesitzer auf den Chursächsischen Landesversammlungen erschienen wären.

Aber auf der andern Seite ist es um so weniger glaublich, daß der Bürgerstand ein ihm so unzweideutig zustehendes Recht vernachlässigt haben sollte, da er in dem ganzen 16ten Jahrhunderte durch Reichtum, wissenschaftliche und gesellige Bildung, und durch die Verwaltung der ersten Staatsämter ein Ansehen behauptete, das selbst den Glanz des Adels zu verdunkeln drohte; da ferner mit den Steuerbewilligungen, die immer häufiger wurden, der Character der Landstandschaft, als eines dinglichen Rechts, immer bestimmter hervortreten mußte; da endlich in Sachsen, so wie in Deutschland überhaupt, der Adelsgeist während des ganzen 16ten Jahrhunderts noch bey weitem nicht in dem Grade rege war, in welchem er besonders seit dem Westphälischen Frieden auflebte. Die Einwendungen, die oben gegen diese Behauptung gemacht wurden, dürften wohl,



bei einer nähern Beleuchtung, ohne große Schwierigkeit zu widerlegen seyn. Wenn auch unsre Landtagsacten Protestationen von der obengedachten Art nicht enthalten, so folgt daraus, bei der Unvollständigkeit unserer Acten und nach dem damaligen Verfahren, doch noch gar nicht, daß sie nicht wirklich erfolgt oder nicht bloß deswegen unterblieben sind, weil schon die Städte für die Sache des Bürgerstandes sprachen. Eben so wenig läßt sich von der Leistung der Ritterdienste durch Bevollmächtigte auf das Nichterscheinen des bürgerlichen Rittergutsbesitzers auf Landtagen schließen. Endlich zeichnen sich die Landtagsschriften des 17ten Jahrhunderts keineswegs durch Kenntniß der vaterländischen Verfassung in dem Grade aus, daß der dritte oben gemachte Einwurf von einigem Gewichte seyn könnte. — Selten genug mochten jedoch immer die Fälle seyn, wo bürgerliche Rittergutsbesitzer, wenn sie nicht in hohen Churfürstlichen Aemtern standen, auf Landtagen



erschieden. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, in welchen der Bürgerliche auf Landtagen lebte, mußten ihn von einer ohnehin schon lästigen Reise gewöhnlich abhalten. Der Fall, daß die Güter der Bürgerlichen nur Amtsässig waren, dürfte überdiß der häufigere gewesen seyn; und überhaupt hatte auch der Schriftsasse noch bis ins Jahr 1661 das Recht, seine Stimme einem andern zu übertragen.

So viel ist jedoch gewiß, auf der einen Seite, daß bis jetzt kein Fall namhaft gemacht werden konnte, in welchem bis zu dem Anfange des 17ten Jahrhunderts das Recht, auf Landtagen zu erscheinen, dem bürgerlichen Rittergutsbesitzer streitig gemacht worden wäre, sey es nun, daß es an Veranlassung dazu fehlte, oder daß das Recht selbst anerkannt wurde; auf der andern Seite aber, daß schon beim Anfange des 17ten Jahrhunderts das persönliche Erscheinen des bürgerlichen Rittergutsbesitzers gegen das Herkommen seyn mußte. In eben diesem Jahrhunderte



wurde auch die Frage zuerst aufgeworfen, in wie fern der neuadliche Rittergutsbesitzer zur Ausübung seines Stimmrechtes befugt sey? Früher waren die Fälle, wo Bürgerliche in den Adelstand erhoben wurden, wohl seltner gewesen; auch regte sich jetzt, besonders nach dem Westphälischen Frieden, die Eifersucht gegen Neugeadelte, so wie gegen die Kinder aus unstandesmässigen Ehen, weit stärker, als ehemals, seitdem die nähere Bekanntschaft mit dem französischen Hofe dem Adelsgeiste einen neuen Schwung gegeben hatte, und der Adel, dem es endlich gelungen war, die Doctoren der Rechte, (einen literarischen Adel,) von den höchsten Staatswürden auszuschliessen, alles anwenden zu müssen glaubte, um sich in dem errungenen Besitze zu behaupten. Alles dieses wird durch die Geschichte der öffentlichen Streitigkeiten, die über das ausschliessende Sitz- und Stimmrecht des Adels auf den Chursächsischen Landesver-



sammlungen geführt worden sind, näher bestätigt.

Der erste Fall, so viel ich weiß, bei welchem jenes ausschließende Recht des in Chursachsen ansässigen Adels gewissermaßen zur Sprache kam, ereignete sich im Jahre 1605 auf dem Landtage zu Torgau. Burkhard Schenk, Herr zu Trautenberg und auf Frauenprießnitz, wollte seine Stelle im weiten Ausschusse der Ritterschaft durch einen bürgerlichen Bevollmächtigten versehen lassen. Die Ritterschaft weigerte sich diesen, wegen seines Standes, in ihre Mitte aufzunehmen, und er mußte statt dessen, einen von Adel, der in Sachsen angesessen war, bevollmächtigen. Schon damals also nahm man als ausgemacht an, daß unter der Ritterschaft nur der Adliche für sich oder im Namen eines Andern ein Stimmrecht auf Landes - Versammlungen ausüben könne.

Von diesem Jahre bis zum Jahre 1657 finde ich in den handschriftlichen und gedruckten Nachrichten, die mir zu



Gebote stehn, nirgends eine Streitigkeit erwähnt, die hier angeführt zu werden verdiente. Allein auf dem Landtage, der in dem zuletzt genannten Jahre zu Dresden gehalten wurde, suchte der Rath zu Leipzig unter dem 12. Febr. bei dem Churfürsten an, daß ein Gevollmächtigter von Adel wegen der ihm gehörenden Rittergüter Cunnersdorf und Taucha bei den Sitzungen der Ritterschaft ohne fernern Widerspruch zugelassen werden möchte. Der Bericht, den hierauf die Ritterschaft an den Churfürsten erstattete, enthält außer mehrern Gründen, die, nach dem Geiste der Zeit, aus dem römischen Rechte entlehnt wurden, doch einige, die hier eine genauere Erwähnung verdienen. So bemerkt sie z. B. daß der Rath zu Leipzig kein einziges Beispiel anführen könne, daß er jemals einen Abgeordneten wegen seiner Rittergüter auf dem Landtage gehabt habe; daß es dem Adel verkleinerlich seyn würde, wenn er in Vollmacht von Bürgerlichen erscheinen sollte, zumal



sich bald auch Privatpersonen vom Bürgerstande finden würden, die eben das, was der Rath jetzt verlange, wegen ihrer Rittergüter fordern möchten u. s. w. Es berief sich also die Ritterschaft schon damals auf ein Herkommen, vermöge dessen der bürgerliche Rittergutsbesitzer weder in Person, noch durch einen Bevollmächtigten auf Landtagen erscheinen könne; ohne daß der Rath zu Leipzig dieser Behauptung historische Gründe entgegen zu setzen vermocht hätte; auch glückte es damals der Ritterschaft, dieses Herkommen gegen die Folgerungen aufrecht zu erhalten, die gedachter Rath besonders aus der Natur der Landstandschaft für sich zu ziehn wußte. Auf der andern Seite aber ist dieser Vorfall auch in so fern wichtig, als aus dem Berichte der Ritterschaft unzweideutig hervorgeht, daß man damals an eine Ahnenprobe, welcher sich die Mitglieder der Ritterschaft zu unterwerfen hätten, noch keinesweges dachte. Nirgends geschieht dieser Einschränkung in



jenem Berichte Erwähnung; vielmehr heißt es darinne nur: „Sey im sächsischen Lehnrecht c. i. versehen, daß alle die, die nicht von Ritterart vom Vater geboren wären, des Lehnrechts darben sollten. Daher auch die Rechtslehrer behaupteten, *non uti privilegiis nobilium, nisi qui patre avoque nobili geniti essent.*“ Jedoch sieht man aus dieser Stelle, wie die Ritterschaft wenigstens über das Stimmrecht der Neugeadelten dachte.

Schon auf dem Ausschufstage zu Dresden im Jahre 1659 hatte die Ritterschaft ihr Recht gegen einen neuen, wenigstens mittelbaren, Angriff zu vertheidigen. Die Grafen Herren von Schönburg haben bekanntlich seit den ältesten Zeiten eine besondere Stelle im weitem Ausschusse der Ritterschaft. Diesmal sollte einer aus dem Bürgerstande diese Stelle als Abgeordneter der Herrn von Schönburg bekleiden. Die Ritterschaft verweigerte ihm dieses Recht, aus den schon oben angeführten Gründen. Es kam von beiden Seiten zu



Beschwerden, die bei dem Landesherrn eingereicht wurden; und die Ritterschaft drang abermals durch.

Auf dem Landtage zu Dresden im Jahre 1660 wurde von Johann Fläßen und Christian Leysern, die beide Neugeadelte waren, ein Versuch gemacht, unter der Ritterschaft Sitz und Stimme zu erlangen. Die Ritterschaft, die jene Männer von ihren Deliberationen ausgeschlossen hatte, mußte deswegen unterm 3ten December einen Bericht an den Churfürsten erstatten; ein Beweis mehr, daß die Unfähigkeit des neuen Adels, auf Landtagen zu erscheinen, noch nicht so ganz ausgemacht seyn konnte. „Von langen Zeiten her,“ hieß es in diesem Berichte, „wären sie die Ritterschaft genannt worden; also hätten sie für und für in Edelgebornen, so ihren alten Stämmen und ihrem Herkommen nach bei Turnieren und Ritterspielen sich einfinden mögen, und zugleich im Lande angesessen gewesen wären, bestanden; dabei auch sie und ihre



Vorfahren jedesmal ruhig gelassen worden wären.“ Sie bitten daher, keinen, so seine 16 Ahnen zu erweisen nicht vermöchte, zu der Versammlung der Ritterschaft zuzulassen. Ein Churfürstliches Decret scheint nun zwar nicht auf diesen Bericht erfolgt zu seyn; indessen ersieht man aus den Landtags-Acten der folgenden Jahre, daß die Ritterschaft ihr Recht behauptete. Wenn übrigens in jenem Berichte von 16 Ahnen die Rede ist, so wird wohl darunter nur die Abstammung von adlichen Vorfahren bis zur 4ten Generation verstanden. Der Unterschied, der zwischen diesem und den spätern Anträgen der Ritterschaft in dieser Hinsicht einzutreten scheint, dürfte nur darauf beruhn, daß man Ein Elternpaar als ein oder als zwei Ahnen rechnen kann.

Fast auf einem jeden der folgenden Landtage dieses Jahrhunderts wurde dieser Streit fortgesetzt; angefacht durch die wiederholten Versuche einiger neugeadelten Rittergutsbesitzer, und durch die



immer häufiger werdenden Standeserhöhungen auf der einen, so wie durch den Widerstand des auf seine Vorrechte immer eifersüchtigern alten Adels auf der andern Seite. In den Landtags-Acten vom Jahre 1670 kommt schon in der Präliminar-Schrift folgende merkwürdige Stelle vor: „Bei Ew. Churfürstl. Durchl. können auch wir, die von der Ritterschaft, unterthänigst zu erinnern, nicht umgang haben, welchergestalt zeithero dahin kommen und fast gemein werden will, daß viele des bürgerlichen Standes, in den Adel durch kaiserliche Diplomata erhoben werden. Ob nun alle Zeit und bei jedem Subjecto dergleichen genugsam bewegende Ursachen vorhanden, darauf vor dieser Zeit das Absehn gerichtet worden, stellen wir an seinen Ort; gleichwohl erfolgt dieses daraus, daß in Ew. Churfürstl. Durchl. Landen alte adeliche Geschlechter durch Heirathen unter dieselben vermischt, und das Alter ihres Adels hierdurch verdunkelt zu werden pfleget. Daß auch der Gräf-



liche und Freiherrnstand von Ew. Churfürstl. Durchl. hohen Räthen und Ministris gesucht und angenommen wird, können wir zwar aus erheblichen Ursachen uns nicht mißfallen lassen; indem zweifelsfrei das Absehn dahin gerichtet, daß sie mit mehrerer Autorität auswärtigen Handlungen beiwohnen, und Ew. Churfürstl. Durchl. hohen negotiis mit größerm splendor vorseyn können; wiewohl auch bei Ew. Churfürstl. Durchl. höchst geehrtesten Herrn Vaters und glorwürdigsten höchst-sel. Vorfahren Zeiten dergleichen von Rittermäsigen Standespersonen mit nicht geringerm Ruhm verrichtet worden. Es scheint aber auch, daß dieses ziemlich gemein werden und wegen der darunter gesuchten Präcedenz ein und anderer sich darum bemühen möchte“ u. s. w. Sie trugen daher darauf an, „daß in der Raths-Session, dem alten Herkommen gemäß, kein Unterschied gehalten, sondern ein Jeder nach Ordnung derer angetretenen Rathsdienste ohne einigen von



Standes wegen unter ihnen zu suchenden Vorzug verbleiben möge.“ Den hier geäußerten Gesinnungen gemäß verweigerte die Ritterschaft auf diesem Landtage Christian Siegmund Reichbrodten von Schreckendorf und Daniel von Schweifskén den Zutritt zu ihren Sitzungen aus dem Grunde, weil sie nicht 16 Ahnen erweisen konnten. Beide wendeten sich mit Beschwerde-Schriften an den Churfürsten; der erstere meinte, daß es bei Landesversammlungen nicht aufs Turnieren ankomme, sondern daß auf denselben die Noth des Landes in Erwägung gezogen werde; letzterer konnte sogar den nicht unwichtigen Umstand für sich anführen, daß sein Vater, der zuerst geadelt worden war, auf dem Landtage erschienen und zugelassen worden sey. Der Bericht, den hierauf die Ritterschaft an den Churfürsten erstattete, kommt durchgängig mit dem Inhalte des im Jahre 1660 erstatteten überein; nur daß sie wegen des vom Gegentheile angeführten Beispieles bemerkte, wie theils im



Kriege manches gegen das Herkommen geschehen sey; theils der Vater des Herrn von Schweifske eine adliche Charge bekleidet habe. Der Ausgang des Streites war übrigens der, daß den obengenannten beiden Rittergutsbesitzern dennoch die Auslösung gegeben werden mußte.

Bei dieser Wendung, den die bisher geführten Streitigkeiten nahmen, konnte man sich unmöglich lange beruhigen. Wurde den neuadlichen Rittergutsbesitzern das Recht der Auslösung zugestanden, so war von diesem Rechte bis zum wirklichen Erscheinen in den Sitzungen der Ritterschaft nur ein sehr kleiner Schritt. Entweder mußten die Behauptungen der Ritterschaft sehr bald durch ein landesherrliches Decret bestätigt werden; oder es war für diese der Verlust jenes ausschließenden Stimmrechts unvermeidlich.

Desto lebhafter wurde daher jener Streit auf dem Landtage im Jahre 1681 erneuert. (Von den Land- und Ausschufstagen zwischen den Jahren 1670 und 1681 weiß



ich für den vorliegenden Gegenstand nur dieses anzuführen, daß Conrad Gottlob Reichwald von Kämpfer 1676 der Ritterschaft einen Revers ausstellen mußte, sich bei dem nächsten Landtage wegen seiner Ahnen zu legitimiren; woraus sich zu ergeben scheint, daß schon damals für die Mitglieder der Ritterschaft eine Art von Ahnenprobe eingeführt war.) Ueberhaupt enthalten die Acten dieses Landtages mehrere Beweise, wie sehr damals der Adel über sein Interesse wachte. So wurde z. B. auf diesem Landtage der Streit wegen der Verleihung der Rittergüter an Bürgerliche sehr heftig und lebhaft unterhalten; ja es that sogar die Ritterschaft den Vorschlag, die Fürstenschule zu Meissen allein für adliche Kinder zu bestimmen. Jedoch die unmittelbare Veranlassung zur Erneuerung der obigen Streitfrage gaben Ernst Friedrich von Döring und Carl Siegmund von Halse, welche wegen fehlender Ahnen von der Ritterschaft ausgeschlossen worden waren. Beide



beschwerten sich darüber beim Churfürsten, ohne jedoch neue historische Gründe für ihre Forderung anzuführen, ausser daß der Herr von Halse sich auf das Beispiel seines Vaters berief, der ungestört auf den Landtagen Sitz- und Stimme gehabt habe; auch der von Döring ein ähnliches Beispiel von dem Hofrathe Johann David von Oppel anzuführen wußte, der unter dem Churfürsten Johann Georg II. sogar das Directorium im weitem Ausschuße der Ritterschaft geführt hätte. Die Ritterschaft mußte sich diesen Forderungen um so lebhafter entgegensetzen; da die beiden Anwerber von dem Landesherrn selbst unterstützt wurden. Sie erstattete in der Sache einen doppelten Bericht; und, so wie sie jenen Ansprüchen die schon früher gebrauchten Gründe entgegensetzte; so trug sie nochmals auf eine feyerliche Bestätigung ihrer Rechte an. „Sie wolle gestatten,“ hieß es in dem Berichte vom 17. Dec. 1681, „daß diejenigen, so vier untadelhafte adliche Ahnen, väterlicher,



und viere dergleichen mütterlicher Seits richtig, und also ihre Urälter-Väter zu Ahnherrn, so zuerst geadelt, würden haben, und dieselben verificiren und darthun können: Ferner diejenigen, so bei dem Chur-Hause in wirklichen geheimen Rathsdienste stehen, oder sich darinne befunden haben; auch die, so als bestallte Obristen commandiret, (jedoch dieser Descendentes hiervon so lange, bis sie gleichfalls vier adeliche Ahnen darthun können, ausgeschlossen,) unter ihr Sessionem und Votum bei Landes-Deliberationibus haben sollten.“ Es erfolgte jedoch auf dieses Gesuch keine weitere Antwort; vielmehr befahl der Churfürst mittelst eines Decrets vom 2ten März 1682, den aus der Versammlung gestossenen Neugeadelten die gewöhnliche Auslösung, so wie den übrigen, zu reichen.

Diese Streitigkeiten dauerten auch auf den folgenden Landtagen in den Jahren 1687, 1692 und 1694, auf Anregung derselben Männer und immer mit demselben



Erfolge fort. Ja es schien sich sogar die Waagschaale eher zum Vortheile derer, welche sich den Behauptungen des alten Adels widersetzen, zu neigen. Denn so wurde unterm 11ten December 1687 von dem Churfürsten Johann Georg III. an die Ritterschaft ein Rescript des Inhalts erlassen, daß zwischen denjenigen, so bei Landesversammlungen zu erscheinen schon geraume Zeit sich in possessione befunden, und wohl im 3ten und 4ten Grade von väterlicher und mütterlicher Seite ihren erlangten Adel continuiret; und andern, bei welchen dergleichen Umstände nicht vorhanden, kein Unterschied gehalten werden solle; und eben so ertheilte Churfürst Johann Georg IV., unterm 9ten März 1692, der Ritterschaft den Bescheid, daß sie Rittergutsbesitzern aus altadlichen Familien, wegen eines Mangels an Ahnen von der Mutter Seite her, eine quaestionem status nicht zu moviren, auch, vor erfolgter höchster Entscheidung, von allen ungeziemenden Unternehmungen gänzlich abzustehn habe.



Wahrscheinlich hatten jene Anwerber, wegen ihrer Aemter oder anderweiten Verbindungen eine besondere Unterstützung an dem Hofe der Churfürsten Johann Georg des III. und IV. gefunden. Unter ihrem Nachfolger, dem Churfürst Friedrich August I., veränderte sich vielleicht diese Lage der Sachen; auch ist aus der Geschichte bekannt, daß sich dieser Fürst, der erste König von Pohlen aus dem Hause Sachsen, durch den Glanz des Hofes, den er hielt, auszeichnete. Noch wußte vielleicht die Ritterschaft die Mittel zu benutzen, die ihr besonders damals zu Gebote standen, um den längst entworfenen Plan durchzusetzen: denn schon auf dem zweiten Landtage, der unter diesem Churfürsten vom 29. August 1699 bis zu dem 17. März 1700 zu Dresden gehalten wurde, gelang es ihr, das so dringend und wiederholt gesuchte Decret zu erhalten.

Als Gegner der Ritterschaft traten damals der schon oben genannte Carl



Siegmund von Halse und Hans George von Grünroth, besonders aber der letztere, auf. Der erstere beschränkte sein Gesuch nur auf die ihm gebührende Auslösung; und behauptete übrigens in einer an die Ritterschaft gerichteten Schrift, obwohl ohne allen weitem Beweis, daß vor Alters und nur noch 1609 auch verschiedene Besitzer schriftsäßiger Rittergüter, so das *axioma nobilitatis* niemals erlanget, unter dem Mittel der Ritterschaft auf Landtagen Session gehabt hätten. Ob und in wie fern auf sein Gesuch Rücksicht genommen worden sey, kann ich, bei dem Stillschweigen der Landtagsacten, nicht bestimmen. Wichtiger war der andre Gegner, Hans George von Grünroth, der, aus einem altadlichen Geschlechte entsprossen, nur von der Mutter Seite nicht die gehörigen Ahnen darthun konnte. Er behauptete in einer an die Ritterschaft unterm 6ten Sept. 1699 erlassenen Schrift geradezu, daß man vergeblich ein ähnliches Beispiel in den Landtagsacten aufsuchen würde, wo



einem, blos wegen eines Mangels an Ahnen von der Mutter Seite, der Zutritt zur ritterschaftlichen Curie verweigert worden sey; daß er vielmehr selbst seit dem Jahre 1687 den Landtagen ohne allen Widerspruch beigewohnt habe. Dennoch widersetzte sich die Ritterschaft, mittelst eines Memorials vom 17ten Sept., diesem Gesuche; und ob sie wohl, auf eine von dem Churfürsten erhaltene Weisung vom  $\frac{20}{31}$  December, den Herrn von Grünroth zu ihren Sitzungen zuließ, so geschah dieses jedoch nur, nachdem der oft genannte von Grünroth der Ritterschaft einen Revers ausgestellt hatte, wodurch sich diese gegen alle aus diesem Falle zu ziehende Folgerungen feierlichst verwahrte. In dem Schreiben, worinne sie den Churfürsten unterm 9ten Februar 1700 von der Aufnahme Grünroths benachrichtigte, suchte sie zugleich nochmals, so wie schon in dem erstern Schreiben geschehn war, um die Erlassung des oft erbetenen Decretes an; und dieses erfolgte auch



bald darauf unterm 15ten März 1700, kurz vor der Beendigung dieses merkwürdigen Landtages. „Als verordnen und wollen wir,“ heisst es darinne, „dass vor eine Norm und Regul in Zukunft gehalten werden soll, dass Niemand, er sey gleich von uraltem Geschlechte, welcher sich ausser seinen Stand verheirathet und 8 Ahnen von Vater und Mutter nicht erweist, weniger ein Neunobilitirter, so solche gleichmässig nicht probiren könne, oder kein wirklicher geheimer Rath oder commandirender Obrister ist, so nicht ein adlich Diploma für sich hat, oder aus adlichem Geschlechte ist, bei den Landesversammlungen zur Session zu lassen.“

Leicht könnte man aus der Eilfertigkeit, mit welcher jenes Decret abgefasst zu seyn scheint, schliessen, dass es nur einem günstigen Augenblicke, welchen die Ritterschaft zu benutzen wufste, sein Daseyn verdankte. Auffallend ist zuörderst der Zusatz: „welcher sich ausser seinen Stand verheirathet.“ Wahrschein-



lich verband der Verfasser mit diesen Worten den Sinn, daß ein Adlicher, der zwar aus einem altadlichen Geschlechte vom Vater her entsprungen seyn würde, jedoch von der Mutter Seite die nöthigen Ahnen nicht nachweisen könnte, von den Sitzungen der Ritterschaft ausgeschlossen seyn sollte; wenigstens ist diese Auslegung, die auch später in der Landtags-Ordnung angenommen wurde, den frühern über diesen Gegenstand gepflogenen Verhandlungen vollkommen angemessen. Nimmt man hingegen blos auf die Worte Rücksicht, so scheint jenes Decret, außer den 8 Ahnen, zur Landtagsfähigkeit noch dieses zu erfordern, daß der Rittergutsbesitzer auch für seine Person eine standesmäßige Heirath geschlossen habe; eine Bedingung, die allerdings dem Geiste, in welchem damals der Adel handelte, gar nicht entgegen seyn würde. Denn so führte die Ritterschaft auf dem Landtage im Jahre 1660 unter andern den Grund an, warum sie den Herrn von Leyser zu



ihren Sitzungen nicht zulassen könne, weil er sich noch kürzlich mit einer Bürgerlichen verheirathet habe. — Noch undeutlicher ist folgende Stelle: „so nicht ein adlich Diploma für sich hat, oder aus adlichem Geschlechte ist.“ Wahrscheinlich haben sie den Sinn, daß ein wirklicher geheimer Rath und ein commandirender Obrister Landtagsfähig seyn soll, so er auch nicht ein adlich Diploma für sich hat, oder aus adlichem Geschlechte ist. Aber dem ersten Blicke nach scheinen sie mit dem Eingange der Verordnung in Widerspruch zu stehn: auch wurden sie wirklich die Veranlassung zu einem solchen Widerspruche bei der Abfassung der Chursächsischen Land- und Ausschufstags-Ordnung vom Jahre 1728.

Diese Land- und Ausschufstags-Ordnung, welche durch keine spätere aufgehoben worden ist, bestätigte das oft erwähnte Vorrecht des alten Adels in folgenden Worten:

§. 31. Wer der Auslösung bei Land-



und Ausschufstagen fähig sey, ist aus folgendem zu ersehen; als nämlich:

§. 32. Diejenigen von Adel, welche vier stiftsmäßige Ahnen von väterlicher und vier von mütterlicher Seite zugleich aufzubringen vermögen, nicht aber die, so neunobilitiret, oder deren Vorfahren sich aus dem alten Adel in bürgerlichen Stand verheirathet hätten; zu welchem Ende ein Jeder, wenn er bei einer Landes-Versammlung das erstemal Session nimmt, seinen ordentlich attestirten und examinirten Stammbaum produciren soll.

§. 33. Welche aber neues oder gar keines Adels, jedoch Auslösungsfähige Güter besitzen, müssen entweder beim Civil-Etat wirkliche Geheime Rätthe dieser Churfürstlichen Lande, oder bei dem Militair-Etat Obristen seyn, so im Felde commandiret, und in des Landesherrn Diensten gestanden haben, wenn sie adeliche Diplomata vorzuzeigen haben; welches jedoch nur auf ihre Personen zu restringiren, nicht aber auf ihre Nachkom-



enschaft, sie hätten denn obige Gradus erlanget, zu extendiren.“

Landtags - und Auslösungsfähig sind also auf den Chursächsischen Landesversammlungen in der Regel nur diejenigen, welche 8 adliche Ahnen von beiden Seiten erweisen können. Jedoch sind wirkliche geheime Räthe und commandirende Obristen für ihre Person, wenn sie Landtagsfähige Güter besitzen, dem alten Adel gleichzusetzen; sie mögen nun von neuem Adel oder auch aus dem Bürgerstande seyn. Zwar heisst es in dem 33. §. der Landtagsordnung, von den geheimen Räthen und Obristen, daß sie Landtagsfähig seyn sollen, „wenn sie adeliche Diplomata vorzuzeigen haben;“ allein diese aus dem Decrete vom Jahre 1700 auf eine sonderbare Art entlehnte Stelle steht mit den Anfangsworten des §. und mit der Observanz im Widerspruche. Wenn man übrigens zum Vortheile der Churfürstl. wirklichen geheimen Räthe eine Ausnahme von der Regel machte, so



gründete sich diese Ausnahme auf die bisherige von der Ritterschaft selbst anerkannte Observanz. Was die commandirenden Obristen betrifft, so mochte man vielleicht, da man einmal Landtagsfähigkeit und Turnierfähigkeit einander gleich gesetzt hatte, auf die Dresdner Turnierordnung hierbei Rücksicht nehmen, nach welcher außer dem alten Adel auch der, „so als General oder zum wenigsten als Obrister-Lieutenant mit Ehren und Ruhm vor dem Feinde seine Charge erworben und bedient, und sich rittermäßiger adlicher Tugend beflissen hatte,“ bei Turnieren zugelassen wurde.

Seit dieser Zeit blieb denn der alte Adel in dem ungestörten Besitze des mühsam errungenen Vorrechts. Es würde eine vergebliche Mühe seyn, wenn man die guten oder nachtheiligen Folgen, die jenes Vorrecht für das Wohl des Vaterlandes hatte, historisch nachweisen wollte. Denn nie läßt sich mit historischer Gewissheit behaupten, was, unter veränder-



ten Umständen, geschehn oder nicht geschehn seyn würde. Bemerkenswerth ist es jedoch, daß jenes Vorrecht dem alten Adel gerade in einer Periode ertheilt wurde, welche den Rechten der Chursächsischen Stände nichts weniger, als vortheilhaft, war.



---

### *Zweite Abtheilung.*

Von dem Rechte, das Privilegium aufzuheben,  
das der alte Adel in Beziehung auf Landes-  
Versammlungen in Chursachsen hat.

---

**A**ber ist denn auch dieses Recht des alten Adels in Chursachsen, ausschliessend die ritterschaftliche Curie auf Landesversammlungen zu bilden, in der That als ein Privilegium zu betrachten? mit andern Worten, lassen sich wohl Rechtsgründe anführen, aus welchen einem jeden Besitzer eines Landtagsfähigen Gutes, er sey bürgerlicher oder adlicher Abkunft, das Recht, auf Landesversammlungen zu erscheinen, beizulegen seyn würde?

Ein Hauptgrund dieser Art ist schon in dem ersten Abschnitte angeführt worden: das kaiserliche Privilegium, welches in



dieser Rücksicht den sächsischen Bürgern zu wiederholten Malen ertheilt wurde. Ein noch wichtigerer beruht auf dem Character unserer Verfassung überhaupt.

Ich muß hier folgendes aus dem allgemeinen Staatsrechte vorausschicken. Der specielle (oder empirische) Grund der Unterthänigkeit, d. h. der Grund, warum gerade diese in der Erfahrung gegebene Menschen diesem und keinem andern Souveraine unterworfen sind, kann entweder aus einer persönlichen Unterwerfung oder aus dem Eigenthume des Souverains an einem gewissen Lande, dem Territorio des Staates, (entweder aus einem persönlichen oder aus einem dinglichen Vertrage,) abgeleitet werden.

In dem letztern Falle, von welchem hier allein die Rede zu seyn braucht, wird der Souverain Landesherr genannt; und die ihm zustehende Staatsgewalt, Landeshoheit. Das Eigenthum an Grund und Boden ist der relative Rechtsgrund dieser Gewalt; indem der Grundeigen-



thümer einen jeden Insassen zu vertreiben, mithin auch die Bedingungen, unter welchen er ihm den Aufenthalt gestatten will, vorzuschreiben befugt ist. Dieses Eigenthum an Grund und Boden kann aber wiederum entweder ein Privateigenthum des Souverains, oder ein Staatsobereigenthum seyn, d. h. auf einer Vereinigung der Grundeigenthümer unter ein gewisses Oberhaupt beruhn. Diese Grundeigenthümer haben sodann einen höchst billigen Anspruch, an der Verwaltung und Besorgung der Landesangelegenheiten Theil zu nehmen. Jedoch sind sie in diesem Verhältnisse nicht als Volksdeputirte, sondern als Stände zu betrachten, d. h. als Personen, deren Stimmrecht in öffentlichen Angelegenheiten, auf dem Eigenthume an Grund und Boden, und mithin auf einem bestehenden Rechtsgrunde beruht. Die Rechte der Regierung werden übrigens an sich dieselben seyn, die Verfassung des Staates mag nun auf einem dinglichen oder auf einem persönlichen Vereine



beruhn. Jedoch kann es nicht fehlen, daß der Grund der Staatsgewalt auch auf den Umfang derselben in der Erfahrung Einfluß haben wird.

Die Verfassung der Deutschen Territorien entspricht ganz dem Bilde einer dinglichen Staatsverbindung; auch erklärt uns die Geschichte hinlänglich, wie sich dieser Rechtsgrund der Staatsgewalt in den deutschen Ländern, hauptsächlich aus der Lehnverfassung, entwickelte. Ganz in dem Geiste einer solchen Staatsverfassung ist es, wenn man die Regenten der deutschen Länder, Landesherrn, und die ihnen zustehende Herrschergewalt, Landeshoheit nennt. Der Umfang dieser Gewalt, die einzelnen Regierungsrechte, welche den deutschen Landesherrn beigelegt zu werden pflegen; endlich der ganze Character ihrer Staatsverwaltung, führen eben so wohl auf jenes Princip. Ganz besonders aber wird die Anwendbarkeit desselben durch die ständische Verfassung der Deutschen Territorien bestätigt.



Denn, so gewiß auch sehr viele Ursachen und Umstände zur Ausbildung dieser Verfassung beitrugen, so deutlich leuchtet doch das Landeigenthum als Grund der Landstandschaft, aus dieser ganzen Verfassung hervor. Schon der Umstand ist entscheidend, daß das Stimmrecht in der ritterschaftlichen Curie wenigstens in der Maasse auf gewissen Gütern haftet, daß es nur von den Besitzern dieser Güter ausgeübt werden kann. Aber auch das Stimmrecht der Städte, welche wenigstens als Corporationen ein freyes Grundeigenthum besaßen, kann aus demselben Grunde abgeleitet werden. Wenn hingegen Bauern und andere Hintersassen von dem Erscheinen auf Landtagen ausgeschlossen wurden, so geschah dieses aus demselben Grunde, aus welchem, bei einem andern Charakter der Verfassung, Dienstbothen an der Ausübung des Staatsbürgerrechtes nicht Theil nehmen können. Ein jedes deutsche Territorium von einigem Umfange theilte sich ursprünglich gleichsam in mehrere klei-



nere Territorien. Die Landesherrn der letztern bildeten zusammen genommen den Landtag.

Es streitet daher allerdings mit dem ganzen Charakter unserer Verfassung, wenn nicht das Eigenthum an einem Rittergute allein zur Ausübung der Landstandschaft hinreichen soll. Das Gesetz, welches in Chursachsen den nicht Stiftsfähigen Rittergutsbesitzer von dem Erscheinen auf Landtagen ausschließt, gehört, selbst nach den Principien vaterländischer Verfassung, in die Gattung der Privilegien; und die Frage, in wie fern dieses Privilegium im Wege Rechtens aufgehoben werden könne, ist wenigstens in so fern verzeihlich, als mit der Aufhebung jenes Vorrechtes keinesweges eine gänzliche Umkehrung der bisherigen Verfassung überhaupt verbunden ist.

Es kann aber ein Privilegium entweder an sich ungültig seyn, oder aus einer rechtmässigen Ursache widerrufen werden. Im letztern Falle gründet sich das Recht



zum Wiederrufe entweder auf die Beschaffenheit des Privilegii, oder auf die Einwilligung derer, welchen es ertheilt worden ist. Wenn daher gegenwärtig von dem Rechte das obgedachte Privilegium aufzuheben, die Rede seyn soll; so ist die Frage mit andern Worten die: Ob jenes Privilegium entweder an sich für ungültig zu achten sey, oder ob und in wie fern es auf eine rechtmässige Weise widerrufen werden könne?

So viel nun die Gültigkeit des in Frage stehenden Privilegii an sich betrifft, so lassen sich allerdings gegen die Rechtmässigkeit desselben nicht unerhebliche Zweifel erheben. — Zwar würde es mehr als Thorheit seyn, wenn man sich, um die Gültigkeit jenes Privilegii anzufechten, auf den Satz berufen wollte, daß alle Privilegia, als unvereinbar mit dem Gesetze der rechtlichen Gleichheit, widerrechtlich sind. Unsere ganze Verfassung beruht auf Privilegien; und da ein jeder Stand seine eigenthümlichen Privilegien



hat, so entsteht daraus sogar eine Art von rechtlicher Gleichheit, welche die Basis der innern Politik in Sachsen, so wie in andern deutschen Territorien ist. Und überhaupt sind die Grundsätze des philosophischen Staatsrechtes nie unmittelbar auf einen in der Erfahrung gegebenen Staat anzuwenden; sondern sie stellen nur ein Ideal auf, für welches eine jede Nation allmählig und ohne die öffentliche Sicherheit auf irgend eine Weise zu gefährden, empfänglich gemacht werden soll. — Eben so wenig kann man einen Grund gegen jenes Privilegium daher nehmen, daß der Churfürst von Sachsen dem Bürgerstande nicht ein Recht entziehn konnte, das diesem früher durch kaiserliche Privilegia ertheilt worden war. In dieser Beziehung, wie in so vielen andern, traten die deutschen Landesherren späterhin an die Stelle des Kaisers. Dasselbe Privilegium, welches die deutschen Kaiser in den Jahren 1329 und 1350 den Sächsischen Bürgern gegeben hatten,



ertheilten in der Folge die Landesherrn selbst mehreren Städten insbesondere, z. B. im Jahre 1424 der Stadt Wittenberg. Zwar erklärte, wie oben bemerkt worden ist, noch Churfürst August auf dem Landtage zu Torgau im Jahre 1555, als die Ritterschaft dem Bürger das Recht, Rittergüter zu erwerben, bestreiten wollte, „wie es nicht bei Sr. Churfürstl. Gnaden stünde, daß einer seinen Stand veränderte, sondern es müßte solches im ganzen Reiche geordnet werden; denn jedes Ding seinen Anfang und Ende hätte;“ mit welchen Worten der Churfürst vielleicht auf jene kaiserlichen Privilegien hindeutete. Aber im Jahre 1700 kannte man schon die Principien desjenigen deutschen Staatsrechtes, welches in dem zuletztverflossenen Jahrhunderte, besonders am Ende desselben, zu so wichtigen Resultaten geführt hat, und vielleicht noch wichtigere verspricht. — Sondern wenn man anders die Rechtsgültigkeit jenes Privilegii anfechten will, so läßt sich dagegen nur



dieses mit einigem Scheine einwenden, daß, obwohl dadurch ein früheres Privilegium widerrufen wurde, — das auf kaiserlichen Privilegien beruhende Vorrecht des Bürgerstandes, Rittergüter mit denselben Rechten, wie Adliche, zu besitzen — dennoch dieser Widerruf keinesweges durch hinreichende Rechtsgründe unterstützt wurde.

Denn, in der That, was war es denn am Ende, was die Ritterschaft den Behauptungen ihrer Gegner entgegenstellte? In allen den vielen Schriften, die über diesen Gegenstand auf den Landtagen gewechselt worden sind, dreht sich, die Sache genauer erwogen, alles um den Hauptgrund, daß es der Ritterschaft verkleinerlich seyn würde, Bürgerliche oder Neugeadelte zu ihren Sitzungen zuzulassen. Aber wie, wenn der andere Theil geantwortet hätte, daß es umgekehrt für den Bürgerstand verkleinerlich sey, von jenen Sitzungen ausgeschlossen zu werden? Wie wenn sich dieser Stand auf jene



kaiserlichen Privilegia berufen hätte, die er noch dazu wahrscheinlich durch Geldbewilligungen erlangt hatte? Allerdings wurden die neuadlichen Rittergutsbesitzer mit ihren Gründen und Einwendungen genugsam gehört. Es war ferner die Schuld der Städtischen Deputirten, wenn sie jenen Streitigkeiten so lange zusahen, ohne für die Rechte des Bürgerstandes zu sprechen. Allein können wohl einem ganzen Stande gewisse Individuen desselben irgend ein Recht für immer vergeben? War auch wirklich die Sache von einer jeden Seite und mit aller der rechtlichen Genauigkeit, die sie verdiente, erwogen worden, ehe das Decret vom 15ten März 1700 erfolgte? Schwerlich dürfte man dieses, schon nach dem Geiste der damaligen Zeit, behaupten können, wenn sich auch nicht aus der Geschichte geradezu das Gegentheil darthun ließe.

Jedoch dieses ganze Verfahren, die Unrechtmäßigkeit gewisser Einrichtungen und Privilegien aus der Geschichte ihrer



Entstehung zu entwickeln, ist keinesweges zu billigen. Allerdings ist die Geschichte dem Staatsmanne von der größten Wichtigkeit, wenn er Veränderungen mit der bisherigen Verfassung des Landes zu unternehmen gedenkt. Denn aus dieser Quelle muß er schöpfen, wenn er sich mit dem Zwecke der Gesetze, mit dem Geiste der Verfassung bekannt machen will. Eben so kann man auch die Geschichte der Vorzeit gegen diejenigen gebrauchen, die eine jede Veränderung, im Vertrauen auf das Ansehn des Herkommens, als eine Verschlimmerung, zurückweisen. Nicht alles, was jetzt für einen wesentlichen Theil der Verfassung ausgegeben wird, ist nach einem bestimmten Plane, das meiste ist durch zufällige Umstände, manches durch Gewalt eingeführt worden. Das, was man jetzt als ein Kleinod der Verfassung erhebt, wurde vielleicht bei seiner Entstehung als das gefährlichste Uebel von Vaterlands-Freunden beklagt. Mit einem Worte, es ist



keine Maxime, die in moralischer und politischer Rücksicht so gefährlich wäre, als die, irgend ein Werk des menschlichen Geistes für unverbesserlich zu halten. Aber eben so gefährlich ist es, aus der Verbesserlichkeit eines Gegenstandes auf das Recht, ihn zu verändern, zu schliessen; oder dieses Recht aus der Geschichte seiner Entstehung ableiten zu wollen. Wenn schon das Privatrecht eine gewisse Zeit festgesetzt hat, nach deren Verlaufe ein jeder redlich erworbene Besitz für rechtmässig, eine jede nicht gerichtlich angebrachte Klage für erloschen erachtet wird, indem es sonst überall kein Eigenthum an Sachen oder am Vermögen geben würde; so ist es noch weit dringender, daß eine jede Staats-Verfassung, sie mag entstanden seyn, wie sie will, gegen einen jeden von ihrer Entstehung entlehnten Einspruch durch ihr Daseyn allein gesichert werde. Denn so gewiß alles Recht überhaupt auf der Existenz des Staates und mithin auf der Heiligkeit



seiner Verfassung beruht; so gewiß wird es auch überall kein wahres unwiderrufliches Recht weiter geben, so bald man jeden Augenblick die Rechtmäßigkeit der Constitution wegen der Art, wie sie entstand, in Zweifel ziehen könnte. Eine jede Constitution hat schon in ihrem Daseyn ihre vollkommene Rechtfertigung.

Die hier zu erörternde Frage kann also ganz allein die seyn: In wie fern kann jenes Vorrecht des alten Adels, auf Landtagen ausschliessend in den Sitzungen der Ritterschaft zu erscheinen, auch zugestanden, daß es vollkommen rechtmässig erworben ist, auf eine eben so rechtmässige Weise wieder aufgehoben werden?

Die Beantwortung dieser Frage würde nicht geringen Schwierigkeiten unterworfen seyn, wenn man von der Voraussetzung ausginge, daß der Landesherr einseitig und ohne Zuziehung der Ritterschaft jenes Privilegium aufheben wollte.

Die Aufgabe: In wie fern können Privilegien überhaupt, abgesehen von der



Verfassung eines jeden Staates, von dem Souveraine widerrufen werden? gehört nicht gerade zu den leichtesten in dem philosophischen Staatsrechte; und sie ist besonders in unserm Zeitalter, in welchem die Ungleichheit des Rechts immer mehr aufhörte, die Folge von der Ungleichheit in der Cultur der verschiedenen Stände zu seyn, mit gesteigertem Interesse untersucht worden. Die ältern Rechtsgelehrten stellten als Regel die Unwiderruflichkeit der Privilegien auf, indem sie diese, aus dem Gesichtspunkte des Privatrechts, als vertragsmässig erworbene Rechte betrachteten; ob sie wohl freilich Ausnahmen von jener Regel zuließen, die die Regel selbst, genauer erwogen, aufhoben. Denn so nahmen sie z. B. an, daß ein jedes Privilegium widerrufen werden könne, wenn es die öffentliche Wohlfarth erfordere (*ob salutem publicam*). Jedoch die ganze Ansicht, welche jene Männer von diesem Gegenstande hatten, dürfte, wie auch neuere Rechtsgelehrte nicht un-



bemerkt gelassen haben, auf einem Irrthume beruhn: Rechte, die durch ein Privilegium erworben wurden, sind in Beziehung auf diesen Rechtstitel der Erwerbung, keinesweges mit Rechten, die durch Verträge oder durch irgend eine andere Erwerbungsart des Privatrechtes erlangt wurden, zu vergleichen. Das Gesetz, welches der Grund eines jeden Privilegii ist, ist seiner Natur nach in einem jeden Augenblicke veränderlich. Denn theils wäre es widersprechend, wenn man dem öffentlichen Willen, (d. h. dem Gesetze,) als dem einzigen Maassstabe für Recht und Unrecht im Staate, eine Rechtsverbindlichkeit auferlegen wollte, theils würde eine solche Verbindlichkeit gegen die höchste Pflicht des Souverains, — die Verfassung und Regierung des Staates unaufhörlich dem Ideale der Vollkommenheit zu nähern — streiten. Ein jedes Privilegium kann daher, als eine Art von Gesetz, in einem jeden Augenblicke widerrufen werden; und der Privilegirte kann in diesem Falle



eben so wenig Entschädigung verlangen, als derjenige, dem irgend ein anderes widerrufliches Recht aufgekündigt wird. Nur das kann er von dem Staate zurückfordern, was er selbst für die Erwerbung des Privilegii entweder der Regierung, oder auch demjenigen Privatmanne, der das Privilegium auf ihn übertrug, gegeben hat.

Aber auch zugegeben, daß dem Landesherrn das Recht zustehe, in der Regel ein jedes Privilegium unter der nur angezeigten Bedingung zu widerrufen — denn, wenn ich hier die Grundsätze von souverainen Staaten auf die deutschen Territorien, und namentlich auf Chursachsen anwende, so habe ich wohl deshalb, nach der gegenwärtigen Lage der Dinge, keinen bedeutenden Einwurf zu fürchten — also, auch unter jener Voraussetzung würde doch immer noch die Frage davon seyn müssen, ob auch das oftgedachte Privilegium des alten Adels in Chursachsen unter jene Regel gehöre, ob solches



namentlich ohne Einwilligung der ritterschaftlichen Curie durch den Willen des Landesherrn allein widerrufen werden könne? Wir würden bei der Untersuchung dieser Aufgabe auf eine andere nicht weniger bedenkliche Frage stoßen: In wie fern eine Ritterschaftliche Curie den nicht stiftsfähigen Adel durch ein unter sich errichtetes Statut von ihren Sitzungen ausschliessen könne, oder nicht? Denn im Falle sie dieses zu thun nicht befugt seyn sollte — und allerdings ist es mehr als zweifelhaft, ob das allgemeine Recht einer Gesellschaft, die Bedingungen der Aufnahme in ihre Mitte zu bestimmen, auch auf privilegierte Gemeinheiten, und insbesondere auf solche, denen ein bedeutender Antheil an der Staatsverwaltung zusteht, anwendbar sey; — so wäre auch jenes Vorrecht des alten Adels in Chursachsen, ganz allein als ein von dem Landesherrn ertheiltes Privilegium zu betrachten, und mithin das Recht des Landesherrn, dieses Privilegium einseitig zu wi-



derrufen, keinem Zweifel unterworfen. Ganz anders aber würde das Resultat in dem entgegengesetzten Falle seyn.

Jedoch alle diese und ähnliche Untersuchungen würden für jetzt ganz überflüssig seyn, indem ich einen ganz andern Fall, als den obigen, den Fall nämlich, da von der Ritterschaft selbst der Antrag zur Aufhebung jenes Vorrechtes ausgeht, zu Folge dessen, was ich in der Einleitung bemerkte, voraussetzen darf. Andere Zeiten haben andere Ideen in Umlauf gesetzt. Zwar ist härter als je, die Sucht nach politischen Neuerungen in unsern Tagen gezüchtigt worden. Aber eben so empfindlich hat man den Nachtheil gefühlt, die Abschaffung alter Mißbräuche oder die Einführung wahrer Verbesserungen zu verzögern.

Wenn also die Ritterschaft, überzeugt von der Nothwendigkeit und von dem Nutzen dieser Maafsregel, den Beschluß fassen wollte, alle und jede Besitzer



Landtagsfähiger Rittergüter zu ihren Sitzungen zuzulassen; so ist es zuvörderst keinem Zweifel unterworfen, daß die Mehrheit der Stimmen auch in diesem Falle zur Fassung eines gültigen Beschlusses hinreichen würde. Hier ist keinesweges von einem sogenannten *jure singulorum* die Rede, d. h. von einem Rechte, in Beziehung auf welches die Mitglieder der Gesellschaft nicht als solche zu betrachten sind. Jener Beschluß würde Alle einzelne Mitglieder der Curie in gleichem Grade treffen; keins derselben hat mithin das Recht, sich dem Willen der Mehrheit in diesem Falle zu widersetzen; wenn auch überhaupt an einen solchen Widerspruch in unsern Tagen und in unserm Vaterlande gedacht werden könnte, sobald die Sache, die ich vertheidige, dem öffentlichen Interesse in der That und Wahrheit entspricht. Eher würde man sogar, mit Beziehung auf die Geschichte des in Frage stehenden Privilegii, behaupten können, daß der Landesherr auf einen solchen



Antrag, der nur von einigen ritterschaftlichen Mitgliedern an ihn erginge, die Sache in nähere Erwägung ziehn, und, nachdem er beide Theile gehört hätte, auf die eine oder auf die andere Weise entscheiden könne.

Auf der andern Seite aber kann, ohne die landesherrliche Zustimmung, jenes Vorrecht des alten Adels in Chursachsen, selbst dann nicht aufgehoben werden, wenn auch sämtliche Mitglieder der ritterschaftlichen Curie ihre Einwilligung dazu ertheilten. Denn nicht blos aus der Geschichte jenes Privilegii läßt sich die Unentbehrlichkeit der landesherrlichen Einwilligung darthun; sondern diese beruht noch auf einem weit wichtigeren Grunde, auf dem Geiste unserer Verfassung überhaupt. Es ist ein Grundgesetz einer jeden Monarchie, daß eine jede Veränderung in der Verfassung nur mit Einwilligung des Monarchen ins Werk gesetzt werden könne. In einer Verfassung aber, wie die unsrige ist, muß dieser Grundsatz um so



heiliger beobachtet werden, je zusammengesetzter diese Verfassung ist, und je leichter sonst ein Stand seine Privilegien zum Nachtheile der übrigen vermehren, oder auch selbst zum Nachtheile des Ganzen aufgeben könnte.

Die Frage, auf welche die vorliegende Untersuchung hinausläuft, ist daher diese: Ob und in wie fern das oftgedachte Privilegium des alten Adels in Chursachsen von der Art sey, daß die Aufhebung dieses Privilegii dem Ganzen vortheilhaft seyn würde, oder nicht? Denn nur in so fern kann die Ritterschaft, wenn sie den Antrag zu dieser Aufhebung machen sollte, der landesherrlichen Einwilligung entgegenstehn. Es scheint daher die hier zu untersuchende Rechtsfrage am Ende der Politik, und mithin dem dritten Abschnitte dieser Abhandlung anheim zu fallen.

Jedoch auch abgesehn von den Folgen, die ein gewisses Privilegium für das öffentliche Beste hat, kann das eine vor dem andern, schon seiner Natur nach, eine



gewisse rechtliche Gunst für sich, oder ein besonderes rechtliches Vorurtheil gegen sich haben, je nachdem es mehr oder weniger unbillig ist. Ich will mich deutlicher erklären. Ein jedes Privilegium enthält eine Unbilligkeit, indem es jederzeit gewisse Ansprüche der Nichtprivilegirten vernichtet. Jedoch eben diese Ansprüche können von doppelter Art seyn. Entweder sie bestehn bloß darinne, eben das zu thun, was der Privilegirte thut; oder zugleich darinne, von dem Privilegirten nicht zu dem oder jenem gezwungen zu werden. Ein Privilegium, das gegen Ansprüche der letztern Art streitet, mithin die Nichtprivilegirten einem positiven Zwange unterwirft, hat in einem weit höhern Grade die Stimme der Billigkeit gegen sich als ein Privilegium der andern Art. Der, welcher mir etwas entzieht, läßt doch meine Selbstständigkeit unangetastet, und beschränkt nur den Kreis von Gegenständen, in Beziehung auf welche sich jene Selbstständig-



keit äußern kann. Aber der, welcher sich einer Herrschaft über mich anmaßt, vergreift sich an den Grundpfeilern meiner bürgerlichen oder politischen Freiheit. Wenn anders Gerechtigkeit der Zweck des Staates ist, so lassen sich von einem Privilegio dieser Art schon im voraus nicht die besten Folgen für die öffentliche Wohlfarth erwarten.

Das Vorrecht des alten Adels in Chur-sachsen, von welchem hier die Rede ist, gehört nun allerdings in mehr als einer Rücksicht zu denjenigen Privilegien, durch welche der Privilegirte sogar eine gewisse Herrschaft über den Nichtprivilegirten erhält. Schon dadurch üben sie eine solche Herrschaft, daß sie, mit Ausschuß der übrigen Rittergutsbesitzer, über Landes-Angelegenheiten befragt werden und Geldbewilligungen, die zum Theil das Vermögen der Rittergutsbesitzer selbst betreffen, auf den Landtagen thun. Freilich kann man in dieser Rücksicht anführen, daß die gefassten Beschlüsse den



erscheinenden, wie den nicht erscheinenden Rittergutsbesitzer binden, beiden in gleichem Grade vortheilhaft oder nachtheilig sind. Jedoch man höre noch folgendes specielleres Beispiel.

Das Donativ, welches bekanntlich von der Ritterschaft dem Landesherrn auf einem jeden Landtage bewilliget zu werden pflegt, wird von den Rittergutsbesitzern nach den Ritterpferden ausgebracht. Gewöhnlich wird aber auf die Ritterpferde ein etwas höheres Quantum ausgeschrieben, als zur Aufbringung der dem Landesherrn bewilligten Summen erforderlich ist, und der Ueberschuß kommt in die bei einem jeden Kreisse existirende sogenannte Kreisscasse, über welche die Ritterschaft nach ihrem Gutbefinden verfügt. Diese Casse steht unter der Administration des Kreissvorsitzenden ritterschaftlichen Standes, d. h. des ersten ritterschaftlichen Standes, der aus dem Kreisse im engern Ausschusse sitzt; welcher Jahresrechnungen über sothane Casse hält,



und diese Rechnungen von einem Landtage zum andern, folglich in sechsjährigen Fristen, bei Gelegenheit des Landtages den gesammten ritterschaftlichen Ständen des Kreißes zur Defectur und Justification vorlegt. Letztere ernennen zu diesem Ende eine Deputation von zwei Personen aus ihrem Mittel, und diese erstatten über das Resultat der vorgenommenen Prüfung einen Bericht an ihre Committenten; worauf entweder, wenn die gezogenen Defecte erheblich sind, weitere Communication mit dem Vorsitzenden gepflogen, oder in dem entgegengesetzten gewöhnlichen Falle, die Justification im Namen der gesammten Ritterschaft des Kreißes sofort ertheilt wird.

Schon diese einseitige Administration der Casse, ohne Zuziehung aller beitragspflichtigen Rittergutsbesitzer, ist ein Vorrecht, worinne das Recht, über das Vermögen der nicht landtagsfähigen Rittergutsbesitzer zu verfügen, unmittelbar enthalten ist. Aber wie, wenn dieses



Vorrecht auch dazu benutzt würde, einzelne adliche Personen durch Geldbewilligungen zu begünstigen, z. B. einer gewissen Anzahl adlicher Cadets einen monatlichen Zuschuss zu geben? u. s. w. Läßt sich auch dieses Verfahren auf irgend eine Weise vertheidigen, wenn man anders nicht einen jeden Gebrauch für ein rechtsgültiges Herkommen ausgeben will?

Und gerade in dieser Beziehung, gerade in so fern, als das öfterwähnte Vorrecht den alten landtagsfähigen Adel in den Stand setzt, über das Vermögen der nicht landtagsfähigen Gutsbesitzer mehr oder weniger zu verfügen, ist dieses Vorrecht von der größten politischen Wichtigkeit. Man kann fast die ganze Geschichte der Staaten, die Schicksale ihrer Constitution und ihrer auswärtigen Verhältnisse auf die verschiedenen Veränderungen zurückführen, welche bei einem jeden Volke der Nationalreichthum erlitt. Wo Geld ist, da ist Macht. (Denn das



Geld ist eine Anweisung auf alles, was in der Welt verkäuflich ist.) Alles, was der Staat von seinen Unterthanen fordert, ist entweder Geld oder Geldeswerth. Wem dieses zu Gebote steht, kann, (so wie der Verkäufer dringender Bedürfnisse dem Käufer,) der Regierung mittelbar oder unmittelbar Bedingungen vorschreiben. Ein Recht, über das Vermögen anderer zu verfügen, ist eine Art von politischer Herrschaft. Eine jede Besteuerung ist nicht nur in so fern drückend, als sie ein Gebot ist, sondern auch in so fern, als sie die Möglichkeit, über andere zu gebieten, wenigstens beschränkt.

Aber eben wegen dieser politischen Wichtigkeit, die das ausschliessende Sitz- und Stimmrecht des alten Adels auf den Chursächsischen Landes-Versammlungen hat, wird es die Empfindlichkeit der nicht privilegierten Klasse doppelt reizen. Ohnehin hat eine jede Regierung mit der Unzufriedenheit der Unterthanen zu kämpfen. Denn regieren heisst Gehorsam



fordern; aber um froh zu seyn, muß der Mensch seinem Genius folgen können. Jedoch am gefährlichsten für den Staat ist diejenige Unzufriedenheit, die selbst durch Gründe der Billigkeit beschöniget werden kann.



---

### *Dritte Abtheilung.*

Politische Bemerkungen über die Aufhebung  
des ausschliessenden Sitz- und Stimmrechtes,  
das der alte Adel auf den Chursächsischen  
Landes-Versammlungen hat.

---

**D**ie Hauptfrage ist hier die: In wie fern  
ist es zweckmässig, das ausschliessende  
Stimmrecht des alten Adels auf den Chur-  
sächsischen Landes-Versammlungen auf-  
zuheben oder nicht? Denn eben darinne  
besteht die Aufgabe der Politik, dass sie  
die vollkommensten Mittel angeben soll,  
den (objectiven) Zweck des Staates zu er-  
reichen. Ihr Inhalt richtet sich nach der  
Verschiedenheit dieses Zwecks. Der un-  
mittelbare Zweck des Staates ist Gerechtig-  
keit; der mittelbare die Cultur des Men-



schen überhaupt. Die Wissenschaft auf den erstern Zweck bezogen, ist Politik in der engern Bedeutung; in wie fern sie hingegen auf den letztern Zweck gerichtet ist, kann man sie mit dem Namen der Cosmopolitik belegen.

Ehe jedoch die obige Aufgabe gehörig beantwortet werden kann, ist vor allen Dingen das Ziel festzustellen, wohin man zu gelangen gedenkt; es ist zu bestimmen, was denn eigentlich an die Stelle jenes dem alten Adel zustehenden Vorrechtes gesetzt werden soll? — Es ist in dieser Rücksicht mehr als ein Vorschlag möglich. So kann man es z. B. rathsam finden, daß zwar das ofterwähnte Vorrecht noch ferner dem adlichen Rittergutsbesitzer verbliebe, jedoch eine Ahnenprobe weiter nicht von ihm erfordert, oder daß diese Ahnenprobe in Zukunft auf die 2te oder 3te Generation beschränkt würde; oder daß man einen jeden Rittergutsbesitzer ohne Unterschied, er mögte von Adel seyn oder nicht, für Landtags-



fähig erklärte; es sey nun mit gewissen Einschränkungen, z. B. daß der bürgerliche Rittergutsbesitzer jederzeit einen adlichen Gevollmächtigten zu bestellen hätte, oder ohne alle Einschränkungen.

Ein jeder von diesen Vorschlägen kann mit besondern Gründen theils unterstützt, theils bestritten werden. So liesse sich z. B. für eine bloße Beschränkung des dem adlichen Rittergutsbesitzer in Chursachsen zustehenden Vorrechtes anführen, daß es überhaupt rathsam sey, eine jede Veränderung in der Verfassung nur stufenweise zu versuchen; indem der Staatsmann sich am sichersten an die Analogie der Naturgesetze halte, und mithin auch in diesem Falle das Gesetz der Stetigkeit nachzuahmen habe. Oder, wollte man den Vorschlag vorziehn, da zwar ein jeder Rittergutsbesitzer, jedoch der bürgerliche nur durch einen adlichen Gevollmächtigten, das Recht, auf Landtagen zu erscheinen, ausüben könnte, so würde man sich darauf berufen können, daß unter dieser



Voraussetzung alle die Einwendungen wegfielen, welche man sonst wohl gegen das Stimmrecht des bürgerlichen Rittergutsbesitzers von den gesellschaftlichen Verhältnissen, in die er auf Landtagen tritt, entlehnt hat.

Jedoch alle die Gründe, welche sich gegen das ausschliessende Sitz- und Stimmrecht des alten Adels auf den Chursächsischen Landesversammlungen anführen lassen, sprechen am Ende mehr oder weniger auch gegen einen jeden andern Vorschlag, durch welchen das Recht auf Landtagen in der ritterschaftlichen Curie zu erscheinen, nicht schlechthin für ein dingliches Recht erklärt wird. Auf einen jeden andern Vorschlag ist derselbe Vorwurf der Unbilligkeit anwendbar. Ja es ist überhaupt weit weniger gefährlich, ein altes Vorrecht bestehn zu lassen, als ihm, durch eine auch noch so billige Modification, das Ansehn eines neuen Privilegii zu geben. Eine jede halbe Maafsregel würde



leicht mehr Unzufriedene, als Dankbare machen.

Der Zweck der folgenden Ausführung ist also der, die Vortheile oder Nachtheile zu untersuchen, die es für das Gemeinbeste haben dürfte, wenn das Recht, auf den Chursächsischen Landesversammlungen in der ritterschaftlichen Curie zu erscheinen, schlechthin für ein dingliches Recht erklärt würde. Die Gründe gegen diesen Vorschlag machen hierbei billig den Anfang. Denn wenn er anders, wie sich aus dem vorigen Abschnitte ergab, auch abgesehen von seinen Folgen, eine gewisse rechtliche Gunst für sich hat, so ist in politischer Hinsicht eigentlich weiter gar keine Anpreisung desselben nöthig, so bald er nur gegen die Gründe der Gegner, als unschädlich vertheidiget werden kann.

Viel, sehr viel würden diese Gegner dadurch für ihre Sache gewinnen, wenn sie durch Thatsachen darthun könnten, daß nur der altadliche Rittergutsbesitzer



in Chursachsen, seinen Talenten, Kenntnissen und Verhältnissen nach, zur Führung einer Stimme auf Landesversammlungen d. h. zu der Stelle eines Landesrepräsentanten, geschickt sey. Zwar kann man die Rittergutsbesitzer, als Landstände, in rechtlicher Rücksicht keinesweges als Repräsentanten betrachten; da sie nicht vermöge eines mittelbar oder unmittelbar von einem Andern erhaltenen Auftrages, sondern kraft eines ihnen für ihre Person, wegen ihrer Besitzungen, zustehenden Rechtes, auf Landes-Versammlungen erscheinen. Wohl aber sind sie moralisch verpflichtet, sich als Repräsentanten des gesammten Landes bei der Berathung über öffentlichen Angelegenheiten zu betrachten, d. h. ihr Privatinteresse dem öffentlichen unterzuordnen. Wenn man daher auch in rechtlicher Rücksicht von einem Rittergutsbesitzer, der auf Landtagen erscheint, nicht gerade die Talente und Kenntnisse fordern kann, die zur Verwaltung eines öffentlichen Amtes vor-



ausgesetzt werden, so kann doch der Rittergutsbesitzer nur dann seine Pflichten als Landstand erfüllen, wenn er sich eben jene Fertigkeiten erworben hat. Ja wenn man erwägt, daß überhaupt ein jedes öffentliche Recht, d. h. das Recht, den Staat zu regieren oder an der Regierung desselben Antheil zu nehmen, mehr aus dem Gesichtspunkte einer Pflicht, als aus dem Gesichtspunkte eines Rechts zu beurtheilen ist; so können jene Bedingungen selbst als Bedingungen von dem Rechte der Landstandschaft nicht ohne Grund betrachtet werden; und sollte man daher nur von dem altadlichen Rittergutsbesitzer in der Regel die Tauglichkeit zu dem in der That so wichtigen Amte eines Landstandes erwarten können, so würde das Vorrecht desselben auf dem ehrwürdigsten Rechtstitel beruhn, den es nur immer haben könnte. — Allein wer wollte wohl in unsern Tagen behaupten, daß Kenntniß der Verfassung, daß politische Einsichten, daß Brauchbarkeit zu öffent-



lichen Geschäften ausschliessend das Eigenthum des alten Adels in unserem Vaterlande sey? Ueberhaupt ist es ein charakteristischer Zug unseres Zeitalters, daß sich die verschiedenen Stände im Volke immer mehr und mehr einander nähern; und unabsehbar sind die Folgen, die diese Annäherung verspricht, oder, wenn sie von der Regierung nicht beachtet wird, droht. Insbesondere aber kann man bei einem jeden Rittergutsbesitzer in der Regel diejenigen Eigenschaften voraussetzen, die ihm, wenn er als Landstand seinem Berufe Genüge thun soll, unentbehrlich sind. Denn Reichthum gewährt ihm die besten Mittel zur Cultur, so wie er ihn dringend auffordert, diese Mittel zu benutzen. Und außerdem ist die Beschäftigung mit der Landwirthschaft im Großen, die beste Vorbereitung zur Staatswirthschaft.

Jedoch vielleicht beruft man sich auf eine Eigenschaft, welche, dem Chursächsischen Hofceremonielle nach, dem nicht



altadlichen Rittergutsbesitzer abgeht, ich meine, das Recht, an die Churfürstliche Tafel gezogen zu werden, an welcher bekanntlich die Mitglieder der Ritterschaft während eines jeden Landtages zu verschiedenen malen speisen. — Indem ich von diesem Einwurfe spreche, befinde ich mich in einer Art von Verlegenheit. Während sich die eine Parthei sogar wundern dürfte, daß von mir dieser Einwurf auch nur erwähnt worden ist, könnte ihn eine andere leicht für einen der erheblichsten achten; und schwerlich dürfte ich daher dem Tadel oder dem Mitleiden der Erstern entgehn, wenn ich ihn ebenfalls keinesweges für so geringfügig halte, als er, aus einem höhern, oder, wenn man will, niederern Standpunkte betrachtet, allerdings erscheinen muß. Doch man nehme nur die Menschen, wie sie sind, mit allen ihren Eitelkeiten und Schwächen. Nichts kann den gebildeten, so wie den ungebildeten Mann so leicht und so sehr erbittern, als eine Zurück-



setzung, die ihm in Beziehung auf das Gesellschaftsverhältniß wiederfährt; so wie ihm umgekehrt nichts so sehr schmeichelt, als die Achtung, mit welcher er in Gesellschaft behandelt wird. Es wäre selbst in politischer Hinsicht nicht ohne Gefahr, den Rittergutsbesitzer, der nicht von altem Adel ist, nur in der einen, und nicht auch in der andern Rücksicht dem altadlichen gleich zu stellen. Man würde so den Hauptvorthail, der von der vorgeschlagenen Veränderung zu hoffen ist, verlieren, den Vorthail, die Eifersucht unter den verschiedenen Ständen zu verbannen oder doch zu hemmen. Allein — sollte wohl die Schwierigkeit so groß seyn, wenigstens in diesem Falle eine Ausnahme von dem hergebrachten Ceremonielle zu machen? Mag dieses Ceremoniel auch von einer noch so großen politischen Wichtigkeit seyn, — und politisch wichtig ist es allerdings, weil Förmlichkeiten zu dem Wesen einer Monarchie gehören, — so verdient doch gewiß das wichtige Amt,



das ein Landstand, der seiner Pflicht nicht uneingedenk ist, bekleidet, auch äußerlich durch eine besondere Auszeichnung anerkannt zu werden. Es ist keinesweges zu fürchten, daß diese Maxime leicht zu mehreren Ausnahmen führen könnte; und allenfalls würde eine landständische Uniform einen jeden Zweifel dieser Art entfernen. — Schon längst war von einer solchen gemeinschaftlichen Tracht auf unsern Landtagen die Rede. Die so ganz einander widersprechenden Maximen, die von der einen und von der andern Regierung in dieser Hinsicht befolgt werden, indem die eine dem Civilstande, so wie dem Militärstande Uniformen vorschreibt, während die andere sie auf den letztern Stand beschränkt, machen die Untersuchung über die Vortheile oder Nachtheile einer solchen Kleidung zu einem selbst dem Politiker nicht unwichtigen Gegenstande. In der That hängt die Beantwortung dieser Aufgabe mit dem Charakter einer Regierung überhaupt genauer zu-



sammen, als man gewöhnlich glaubt. Eine gemeinschaftliche von dem Staate vorgeschriebene Kleidung ist gewiß nicht ohne Einfluß auf den Geist und die Handlungsweise der öffentlichen Beamten. In dem Grade, in welchem Liberalität der Charakter einer Regierung ist, dürfte diese fürchten, ihrer Grundmaxime dadurch untreu zu werden, daß sie in ihren Beamten durch eine ihnen vorgeschriebene Uniform einen mehr militärischen Geist weckte. Nur dürfte diese Bemerkung nicht auf ein Corps anwendbar seyn, dessen ursprüngliche Bestimmung, das Vaterland zu vertheidigen, noch jetzt keinesweges als erloschen betrachtet werden darf.

Nicht von größerem Gehalte ist ein anderer Grund, den man gegen die Landtagsfähigkeit aller Rittergutsbesitzer daher entlehnt hat, daß eine beträchtliche Vermehrung der Auslösungskosten die unmittelbare Folge davon seyn würde. Das Factum selbst hat allerdings seine Richtigkeit, wenn man anders nicht das Recht,



Auslösung zu fordern, blos auf den altad-  
lichen Ritterguts - Besitzer einschränken  
wollte; eine Unterscheidung, die weder  
schicklich, noch rathsam seyn würde.  
Allein sollte nicht der Vorthail, den die  
vorgeschlagene Veränderung verspricht,  
den deshalb zu machenden Aufwand mehr  
als zu sehr verdienen? Freilich, wenn man  
nur das, als einen Vorthail anerkennt,  
was sich unmittelbar in Geldsummen aus-  
drücken läßt, wird man diese Frage eher  
zu verneinen, als zu bejahen geneigt seyn.  
Aber im Staate tritt sehr oft derselbe Fall  
ein, wie in der literarischen Welt. Die-  
jenigen Wissenschaften sind nicht selten  
von der allergrößten praktischen Brauch-  
barkeit, die doch die abstractesten zu  
seyn scheinen; indem sie die Principien  
für alle angewendete Wissenschaften ent-  
halten. Und dann — liesse sich nicht das,  
was wegen der größern Anzahl der er-  
scheinenden Landstände mehr an Gelde  
aufzuwenden seyn würde, auf der andern  
Seite dadurch größtentheils ersparen, daß



man den Geschäftsgang vereinfachte, die Berathungspunkte durch landständische Deputationen noch vor dem Anfange des Landtages vorbereitete, und so die Dauer desselben verkürzte?

Oder ist man vielleicht für den gethathenen Vorschlag, schon in so fern, als er überhaupt eine politische Neuerung ist, nichts weniger als günstig gestimmt? fürchtet man, daß eine Neuerung zu der andern führen, den Neuerungsgeist überhaupt im Lande rege machen könne? daß alle Schrecknisse einer Revolution, (gleichsam eines politischen Erdbebens,) im Gefolge der vorgeschlagenen Maafsregel sind? — Es ist freilich kein Leichtes, eine solche Furcht, so wie die Furcht überhaupt, durch Gründe zu bekämpfen. Man kann immer anführen, daß, wie weiter unten gezeigt werden soll, gerade diese Maafsregel zur innern Festigkeit der Verfassung in einem ganz vorzüglichen Grade beitragen würde; daß jener Einwurf, indem er eine jede mögliche Verbesserung ausschliesse, zu viel



und mithin gar nichts beweise; endlich, daß eben die Maxime, welche diesem Einwurfe zum Grunde liegt, am unvermeidlichsten zu Revolutionen hinführe. Denn diese haben ganz allein darinne ihren Ursprung, daß ein Volk in dem Gefühle des Drucks, durch welchen es herabgewürdiget wird, die Idee der politischen Freiheit mit Begeisterung und Schwärmerie ergreift. Jedoch alle diese Gründe werden leicht bei denen ihre Wirkung verlieren, die, durch die Geschichte unserer Tage aufgeschreckt, überall politische Erschütterungen ahnen, gleich als wäre der Staat ein Gebäude von Glas, das ein jeder Tollkopf in seinem Schwindel zertrümmern könnte. Für diese also noch folgende zwei Bemerkungen, die die Geschichte des Tages selbst an die Hand gibt. — Erstens: Das Beispiel, das ein Volk durch eine Revolution gibt, wird in einem andern wohl einzelne Freunde und Bewunderer finden; allein weder der Geschichte, noch den allgemeinen Gesetzen



der Erfahrung ist es gemäß, daß eine Revolution die Folge von einem genommenen Beispiele seyn sollte. Hingegen dürfte desto mehr von dem Mißlingen einer Revolution für die Sicherheit der übrigen Staaten zu hoffen seyn; da es weit leichter ist, den Muth zu verlieren, als Muth zu fassen; auch die zahlreichen und bedeutenden Stützen, auf welchen die Sicherheit des Staates beruht, weit eher erhalten, als umgestürzt werden können. Wenn daher die französische Revolution eine den Absichten ihrer ersten Freunde ganz entgegen gesetzte Richtung genommen hat, sollte diese Richtung auch ebenso erklärbar, als für Frankreich wohlthätig seyn, so dürfte wohl in Zukunft ein jeder auch nur kluge Mann bei sich anstehn, zu andern Verbesserungen, als solchen, die im Wege der Güte und des Rechts eingeleitet und durchgeführt werden, seinen Kopf und seine Hand zu leihn. So wie der Ursprung einer Revolution nicht aus moralischen Gründen



abgeleitet werden kann, so waltet auch im Fortgange derselben allein die Natur; bis es endlich der Vernunft gelingt, die Leidenschaften, die durch die Wuth, womit sie tobten, ihre Macht nach und nach verloren, wieder sich unterthänig zu machen. — Zweitens: In einem kleinern Staate, wie der unsrige ist, können wohl Unruhen ausbrechen, diese aber nie zu Revolutionen heranwachsen. Denn die mächtigern Nachbarn des Staates würden bald dem ganzen Schauspiele ein Ende machen. Weit gefährlicher für einen solchen Staat sind diese mächtigern Nachbarn selbst, besonders in einem Zeitalter, das so viele kleinere und grössere Staaten verschwinden sah, in einem Zeitalter, in welchem die Regierungen ihre auf Eroberungen abzweckenden Maafsregeln immer weniger und weniger durch gewisse rechtliche Formen zu mildern oder zu verschleiern suchen. Diese Aussicht ist es, auf welche der Blick eines jeden Vaterlandsfreundes vorzüglich gerichtet seyn muß. Die



Unterthanen immer allgemeiner in das Interesse der Regierung zu ziehn, damit sie in den Tagen der Noth alle für einen Mann stehn; — das sey das Ziel unserer Politik.

Jedoch worauf beruht am Ende in dem vorliegenden Falle diese ganze Furcht vor Neuerungen, zu welchen die in Vorschlag gebrachte Veränderung führen könnte? Offenbar darauf, daß man in der vorgeschlagenen Maafsregel einen Anschlag auf die Rechte des Adels überhaupt zu entdecken glaubt; Rechte, die doch mit dem Wesen unserer Verfassung in einer so genauen Verbindung zu stehn scheinen. — Es ist eine sehr bekannte Bemerkung, die, meines Wissens, Montesquieu zuerst gemacht hat: daß ein Adel zu dem Wesen einer Monarchie gehöre. Ich würde diese Behauptung mit voller Uezeugung unterschreiben; nur, daß ich den Adel nicht sowohl zur Sicherheit des Monarchen, sondern mehr, um für die Rechte des Volks Gewähr zu leisten, als einen



wesentlichen Theil der monarchischen Verfassung betrachte. Für die erstere, die Sicherheit des Monarchen kann wohl auch auf andere Weise z. B. durch den Antheil, welcher den Grundeigenthümern an der Verwaltung des Staates gestattet wird, gesorgt werden. Um aber die Constitution im Verhältnisse zu dem Monarchen selbst zu sichern, dürfte die Einführung eines Adels schon aus dem Grunde von besonderem Nutzen seyn, weil dieser Stand durch die nähern gesellschaftlichen Verhältnisse, in welche er mit dem Fürsten tritt, geschickter, als ein jeder andere, seyn wird, der öffentlichen Meinung auch von Seiten des Fürsten eine gewisse Achtung zu verschaffen. Ja, fast sollte man erwarten können, daß der Erbadel zu diesem Zwecke sogar tauglicher seyn werde, als der Verdienstadel, der z. B. in China, und gegenwärtig in Frankreich die Stelle des erstern vertritt; indem schon die Erwerbung des einen und des andern Adels auf den Gesichtspunkt Einfluß



haben muß, aus welchem er von dem Fürsten betrachtet wird. — Allein, auch zugestanden, daß die Aufrechthaltung der Adels-Rechte für die Fortdauer einer monarchischen Verfassung von der größten Wichtigkeit ist, so kann doch deswegen noch auf keine Weise eingeräumt werden, daß diese Rechte durch die Ausführung des in Frage stehenden Vorschlages gefährdet würden. Die vorzüglichsten unter diesen Rechten sind, ausser dem Sitz- und Stimmrechte auf Landesversammlungen, das Recht, Hofämter, so wie die wichtigsten Staatsämter zu bekleiden. Die Gründe, die in dieser Abhandlung gegen jenes Recht theils schon angeführt worden sind, theils noch angeführt werden sollen, stehn keinesweges auch den letztern entgegen. Vielmehr, wenn Hofämter nur dem alten Adel ertheilt werden, so läßt sich für diese Maxime gerade umgekehrt anführen, daß sie dem politischen Zwecke dieses Standes, auf die Maafsregeln der Regierung durch das Gesell-



schaftsverhältniß Einfluß zu haben, in einem vorzüglichen Grade entspricht. Und eben so tritt zwischen einem Staatsbeamten und zwischen einem Mitgliede der Ritterschaft der wichtige Unterschied ein, daß ersterer den Landesherrn, letzterer aber das Land im Verhältnisse zu dem Landesherrn repräsentirt. In einem jeden gut-organisirten Staate muß, (ganz nach der Analogie der organischen Natur,) eine continuirliche Abstufung der Stände herrschen. Die Ausführung des Vorschlages, einen jeden Rittergutsbesitzer für landtagsfähig zu erklären, würde nicht wenig zur Vervollkommnung jener Stufenleiter in unserem Vaterlande beitragen; indem sie den Adel und den Bürgerstand in denjenigen Mitgliedern einander näherte, die ohnehin die meisten Berührungspuncte mit einander haben. Daß der bürgerliche Rittergutsbesitzer den erlangten Vortheil bald zu neuen Ansprüchen benutzen oder mißbrauchen dürfte, ist wohl schon an sich nicht zu fürchten, wenn man erwägt,



wie sehr ihm, der selbst als Rittergutsbesitzer so viele Vorrechte hat, Privilegien überhaupt heilig seyn müssen. Jedoch könnte man vielleicht einer jeden auch noch so wenig gegründeten Besorgniß dadurch vorbeugen, daß zu den ritterschaftlichen Ausschüssen, nach wie vor, nur altadliche Rittergutsbesitzer gezogen würden.

Wären aber die Einwendungen, die sich gegen den oft erwähnten Vorschlag erheben lassen, auch weit triftiger, als sie es wirklich sind, so würde doch dieser, wegen der vielen Vorthelle, die die Ausführung desselben verspricht, eine ganz vorzügliche Aufmerksamkeit verdienen. Der erste und wichtigste unter diesen Vorthellen, von welchen jetzt mit mehreren gehandelt werden soll, ist die grössere Festigkeit, welche unsere Verfassung überhaupt von der Landtagsfähigkeit aller Rittergutsbesitzer zu erwarten hat. Dieser Vortheil muß der Verfassung schon daher erwachsen, daß, wenn die vorgeschlagene



Veränderung ins Werk gesetzt würde, weit Mehrere, als bisher, einen unmittelbaren Antheil an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, und mithin ein lebhafteres Interesse an dem Bestehn unserer Verfassung nehmen würden. Die Anzahl dieser Rittergutsbesitzer, die durch die Aufhebung des jetzt dem alten Adel zustehenden Vorrechts, Zutritt zu den Landesversammlungen erhalten würden, ist, wie sich schon aus einer Vergleichung zwischen der jetzigen und ehemaligen Anzahl der ritterschaftlichen Stände ergibt, sehr ansehnlich. Je größer aber die Anzahl der Rittergutsbesitzer ist, die ihre acht Ahnen darzuthun nicht vermögen; desto größer ist auch die Anzahl derer, die von den ständischen Zusammenkünften entfernt, ein von den übrigen Rittergutsbesitzern getrenntes Corps bilden, das um so leichter in eine der Regierung nichts weniger als gleichgültige Opposition ausarten kann, je billiger seine Ansprüche auf Gleichstellung seyn dürften, und je



mehr gerade einige der reichsten und angesehensten Familien in Sachsen durch die bisherige Verfassung entweder jetzt schon oder doch für die Zukunft von der Theilnahme an den Landesversammlungen ausgeschlossen werden. — In einem jeden Staate wurde von jeher ein bald mehr, bald weniger öffentliche Krieg, zwischen den verschiedenen Ständen geführt. Dieser Krieg ist an sich dem Staate nichts weniger als gefährlich; vielmehr geht aus demselben das Interesse an der Fortdauer des Staates, das Ansehn der Regierung, welche als Mittelsperson zwischen die streitenden Pnrtheien tritt, ja die Cultur der Nation überhaupt größtentheils hervor. Jedoch auf der andern Seite kann dieser Streit dem Staate eben so gefährlich werden, wenn er in Haß und Erbitterung ausartet; ein Fall, der besonders dann zu befürchten ist, wenn persönliche Vorrechte des einen Standes vor dem andern auf einer Stufe der Cultur zur Sprache kommen, auf welcher das Gefühl von



Menschen - Werth und Würde in dem Volke erwacht.

Alles das, was bisher zur Empfehlung des gethanen Vorschlages in Rücksicht auf die innere Festigkeit, die er der Verfassung zu geben verspricht, gesagt worden ist, dürfte besonders in unsern Tagen und bei den Verhältnissen, in welchen Sachsen zu andern Staaten steht, die größte Aufmerksamkeit verdienen. Die Zeiten, wo die einzelnen deutschen Länder in der Verfassung des deutschen Reiches eine hinlängliche Garantie für die ihrige fanden, sind längst vorüber. Die Stützen, welche noch bis in das letztverflossene Jahrhundert die kleinern Staaten überhaupt, an dem Systeme der Europäischen Politik, zum Theil auch an dem Zustande der Kriegskunst hatten, sind am Ende dieses Jahrhunderts gebrochen. Man studiere nur den Geist, der in dem letztern Reichsfriedensschlusse herrscht; man nehme hierzu den neuen kaiserlichen Titel, den der deutsche Kaiser angenom-



men hat, (ein Ereigniß, das in der Geschichte des deutschen Reichs leicht Epoche machen könnte;) man erwäge endlich den Ausgang, den fast ein jedes Bündniß zwischen einem mächtigen und minder mächtigen Staate für den letztern genommen hat, und man wird sich gewifs von der Wahrheit der Behauptung überzeugen, daß es für die einzelnen deutschen Staaten, welche nicht Staaten vom ersten Range sind, keine andere Sicherheit gibt, als die, welche sie in sich selbst und in der Beobachtung einer strengen Neutralität finden.

Weder die Lage, noch der Umfang der Chursächsischen Länder scheinen, dem ersten Blicke nach, für die äussere Sicherheit unseres Vaterlandes günstig zu seyn. Eingeschlossen von zwei mächtigen eine lange Eifersucht nährenden Staaten, dürfte Chursachsen leicht gezwungen seyn, an einem jeden Kriege, der von diesen mächtigen Nachbarn geführt wird, als Streitgenosse des einen oder des andern Antheil zu nehmen; und sich so der



Gefahr auszusetzen, am Ende als Opfer des Streites zu fallen. Die Geschichte des letztverflossenen Jahrhunderts scheint diese Besorgnisse genugsam zu rechtfertigen; und der Zuwachs an Ländern, welcher jenen Staaten in den neuesten Zeiten zu Theil wurde, die Gefahr eher zu vergrößern, als zu vermindern.

Doch eben in diesen politischen Verhältnissen dürfte, bei einer sorgfältigern Prüfung, der Freund des Vaterlandes die Möglichkeit entdecken, seine heiligsten Wünsche erfüllt zu sehn. Schon berühren beide Staaten, der Oesterreichische und der Preussische, einander in einer so grossen Ausdehnung, dafs es dem einen und dem andern in einem hohen Grade vortheilhaft seyn mufs, die Linie der kriegerischen Operationen eher zu verkürzen, als zu verlängern. Der eine so wie der andere Staat kann es nicht zugeben, dafs Sachsen, diese Krone unter den deutschen Ländern, die Besitzungen seines Nebenbuhlers vermehre. Und sollte es nicht der



Chursächsischen Regierung in Zukunft gelingen, bei den Kämpfen jener beiden Mächte das System einer strengen Neutralität zu beobachten, wenn sie in den Tagen des Friedens der Tage der Noth nicht uneingedenk ist, wenn sie fortfährt, das Interesse der Unterthanen als das ihrige zu betrachten, das Heer in einem drohenden Zustande zu erhalten, und die Achtung des In- und Auslandes durch die Rechtlichkeit und Verständigkeit ihrer Maafsregeln zu verdienen? Warlich die Begebenheiten unsrer Tage sind so ausserordentlich; Alles, der Zustand der Künste, der Wissenschaften, der Politik, kündigt so laut den Anfang eines neuen Zeitalters an, dafs eine jede Regierung, (so wie ein sorgsamer Hauswirth zur Zeit der Noth,) die Freunde des Vaterlandes, entfernt von allen kleinlichen Rücksichten, um sich versammeln und mit ihnen über die Mittel, das aufsteigende Gewitter zu bedrängen, berathschlagen sollte. Der Vorschlag, das Stimmrecht in der ritterschaftlichen Curie



für ein dingliches Recht in Chursachsen zu erklären, hängt auf das genaueste mit dieser Maxime zusammen. Denn ist wohl ein Privat-Interesse unzertrennlicher von dem Interesse des Ganzen, als das Interesse der grossen Landeigenthümer?

Und welche Verfassung verdiente es wohl so ganz, daß sich alle Einwohner des Landes vereinigten, sie mit Gut und Blut zu vertheidigen, als die Chursächsische. Die monarchische Beherrschungsform ist die Basis dieser Verfassung; eine Beherrschungsform, die die Erfahrung von Jahrtausenden für sich hat, weil sie allein das öffentliche Interesse des Staates mit dem Privat-Interesse des Regenten identificirt. Die Landstände und die verschiedenen öffentlichen Behörden sind, indem sie eine jede Trennung zwischen dem öffentlichen Willen und zwischen dem Privat-Willen des Fürsten verhindern, die besten Bürgen für die Fortdauer der Verfassung auf der einen, und für die Wohlfarth des Volkes auf der andern Seite.



Jene, die Landstände, führen, indem sie die Beschwerden des Landes unmittelbar vor den Landesherrn bringen, eine höchst wichtige Controlle über die öffentlichen Behörden; und diese sind auf eine Art organisirt, welche den Forderungen der neuern Politik, was die Trennung der verschiedenen Zweige der Staatsgewalt betrifft, in einem hohen Grade entspricht. Charakteristisch ist an dieser Organisation der Grundsatz, daß, unserer Verfassung nach, eine jede Angelegenheit durch mehrere, oft sehr viele, Instanzen gehen muß, ehe sie endlich entschieden wird. Dieser Grundsatz kann allerdings zuweilen, besonders was Gegenstände der Staatswirthschaft betrifft, seine nicht geringen Nachtheile haben. Aber im Allgemeinen ist er einer der größten Vorzüge unserer Verfassung, weil er aus dem Endzwecke des Staates, einem Jeden sein Recht widerfahren zu lassen, unmittelbar hervorgeht.

Läßt sich anders aus dem Charakter



der Regierung mit einiger Gewißheit auf den Werth der Verfassung schliessen, so verdient die Verfassung unseres Vaterlandes den Preis vor vielen andern. Richtet man zuvörderst seinen Blick auf die Justizverwaltung in Sachsen, so ist diese wegen der Unpartheilichkeit, mit welcher sie ausgeübt, so wie wegen der Humanität, mit welcher der Angeschuldigte behandelt wird, auch im Auslande geschätzt. Eine Cabinetsjustiz ist selbst dem Namen nach bei uns unbekannt; und wenn unserem Rechtsgange zuweilen Langsamkeit vorgeworfen wird, so ist doch theils schon manchem Mangel in dieser Rücksicht abgeholfen, theils dieser Vorwurf weit weniger als der entgegengesetzte, zu fliehn. Wie richtig ferner das System ist, das eben diese Regierung in Beziehung auf Staatswirthschaft, Handel und Gewerbe befolgt, beweist am besten der immer zunehmende Wohlstand des Landes. Dieses System ist das einzig richtige, dem die größten Schriftsteller in diesem Fache huldigten, —



die Freiheit des Handels und der Gewerbe möglichst zu befördern. Zwar scheint die Regierung zuweilen diesem Systeme untreu zu werden, wenn sie z. B. die Freiheit des Getreidehandels beschränkt. Aber man erwäge, wie schwer es einer Regierung seyn müsse, unter dem Drange der Umstände und unter den lauten Klagen, zu welchen jene Umstände das weniger unterrichtete Publicum verleiten, ihrem Entschlusse treu zu bleiben, — und auch der entschiedenste Freund der Handelsfreiheit wird seinen Tadel zurückhalten. Ich müßte zu sehr ins Einzelne gehen, wenn ich den patriotischen Geist unserer Regierung durch alle andere Zweige der innern Staatsverwaltung verfolgen wollte. Aber nicht unberührt darf ich das Verfahren lassen, welches sie in Beziehung auf die auswärtige Politik in den letztern so schwierigen Zeiten beobachtete. Wenn ausserordentliche Fälle die beste Probe für den Werth oder Unwerth irgend eines praktischen Systemes sind, so hat die



Chursächsische Regierung diese Probe in einem langen Kampfe siegreich bestanden. Ich will nicht das wiederholen, was hier einem Jeden von selbst beifällt. Selbst in solchen Maafsregeln, die in dem ersten Augenblicke befremden könnten, wird man, bei einem genauern Nachdenken, Ursache genug finden, die Weisheit der Regierung dankbar zu bewundern. Fast allein, unter allen mächtigern deutschen Fürsten, trat der Churfürst von Sachsen von dem Schauplatze des letzten Krieges ab, ohne mit den übrigen zu theilen, was nun einmal getheilt werden sollte. Aber er sah ein, daß er durch die Achtung, die selbst die Europäische Politik der Gerechtigkeitsliebe nicht versagt, weit mehr für die Sicherheit seiner Staaten gewinnen würde, als durch eine jede Vergrößerung seines Gebiets. — Freilich gehört alles das, was ich hier zum Lobe unsrer Verfassung sagte, mehr zu der Regierungsgeschichte unseres Churfürsten. Doch wer unter uns wünschte nicht, das Leben



dieses Fürsten durch sein eignes verlängern zu können? Wer nährte nicht die Hoffnung, daß wenigstens der Geist dieses Fürsten eben so unsterblich in der Regierung, als sein Name in der Geschichte unseres Vaterlandes seyn werde.

Ich komme zurück von dieser Abschweifung zu dem eigentlichen Gegenstande der gegenwärtigen Untersuchung. — Der Vorschlag, das Stimmrecht in der ritterschaftlichen Curie schlechthin für ein dingliches Recht zu erklären, verspricht *zweitens* auch den Vortheil, den politischen Zweck der Landständischen Verfassung in mehr, als einer Rücksicht, zu befördern.

Man verkennt unstreitig diesen Zweck, wenn man ihn ganz allein in die Beschränkung der landesherrlichen Gewalt setzt. Dieser Gesichtspunkt hat gewiß mehr, als Alles andere, den Chursächsischen und den deutschen Landständen überhaupt geschadet, indem er sie dem



Fürsten gegenüber, als Feinde und Nebenbuhler des landesherrlichen Ansehns, stellte. Jener Zweck ist nicht allein nicht der einzige Zweck der landständischen Verfassung; sondern in einem Staate, wie der Chursächsische ist, wird überhaupt mehr von der Pflicht des Fürsten, auf die Stimme seiner Stände zu hören, als von einem Zwangsrechte dieser Stände die Rede seyn können. — In einem jeden unabhängigen Staate kann es am Ende nur ein einziges Subject geben, dem das Recht, Gewalt zu gebrauchen, unmittelbar zu Gebote steht; indem sonst der Staat nichts anders, als ein verschleierter Naturstand, seyn würde. Der Zweck einer jeden guten Constitution geht nun zwar dahin, eben diese rechtlich unbedingte Gewalt gewissen Einschränkungen zu unterwerfen. Aber es liegt in der Natur der Sache, daß alle diese Einschränkungen nicht auf Zwangsrechten, sondern nur auf moralischen und politischen Rücksichten beruhn können. Je heiliger und unver-



geßlicher diese Rücksichten für den Souverain sind, je mehr sie sich mithin der Natur eines Zwangsrechtes nähern; desto vollkommener ist die Constitution eines Staates. Je mehr diejenigen, die ausser dem Souveraine an der Regierung des Staates Theil nehmen, eine jede Veranlassung vermeiden, durch welche in dem Souveraine der Gedanke und der Wille entstehn könnte, diesen Antheil durch einen Machtstreich zu vermindern; desto mehr handeln diese Männer in dem Geiste einer solchen Constitution. Es versteht sich von selbst, daß diese Maxime nicht so gedeutet werden darf, als ob eine jede verfassungsmässige Behörde den Willen des Souverains blind und ohne Widerspruch zu befolgen habe. Sondern sie betrifft nur den Geist dieses Widerspruchs. Nicht blos die Beamten des Landesherrn, sondern auch die, welche im Namen der Unterthanen sprechen, haben sich als Räthe des Fürsten zu betrachten.

Ganz aus diesem Gesichtspunkte ist der



Zweck der landschaftlichen Verfassung in Chursachsen zu beurtheilen; und es ist dieser Gesichtspunkt dem Ansehn der Chursächsischen Landstände gewiß so wenig nachtheilig, daß er vielmehr, wenn er mit Rücksicht auf die Geschichte des Tages weiter verfolgt wird, eher dazu beitragen kann, den ständischen Rechten einen neuen Zuwachs zu verschaffen. Ein Landtag, als eine Versammlung von Männern betrachtet, mit welchen der Fürst die Noth des Landes in Erwägung zieht, ist gewiß die ehrwürdigste Rathsversammlung, die der Fürst nur immer zusammenberufen kann. Unterrichtet durch eigne unmittelbare Erfahrung von den Bedürfnissen der Unterthanen; auf das lebhafteste interessirt bei der Art, wie diesen Bedürfnissen abgeholfen wird; durch eignen Vorthail aufgefordert, das Interesse der Regierung nie von dem Interesse der Unterthanen zu trennen; endlich durch politische Verhältnisse in den Stand gesetzt, ihren Rathschlägen ein besonderes



Gewicht zu geben, werden diese Männer einen Rath des Fürsten bilden, der sich von einem jeden andern wesentlich unterscheidet. Mögen auch die Landes-Collegia mit noch so trefflichen Männern besetzt seyn, so muß doch schon der Standpunct, von welchem diese Männer ausgehn, ganz verschieden von dem seyn, aus welchem die Landstände über öffentliche Angelegenheiten urtheilen. Weder der eine, noch der andere Standpunkt ist vielleicht der allein richtige. Aber, indem ein und derselbe Gegenstand sowohl aus dem einen, als aus dem andern Gesichtspuncte geprüft wird, nur dadurch reift ein in jeder Beziehung richtiges Resultat. Die Landtagsverhandlungen können füglich mit einer gelehrten Discussion verglichen werden, bei welcher ein jeder Theil nach seiner eignen Methode verfährt. Alle Gegenstände der innern allgemeinen Staatsverwaltung, über welche nicht ohne eine vielseitige Erwägung entschieden werden kann, sollten, ihrer Na-



tur nach, auf Landtagen in Berathung gezogen werden.

Mit diesem bisher aufgestellten Zwecke landständischer Versammlungen steht schon im Allgemeinen der Vorschlag, das Stimmrecht in der ritterschaftlichen Curie schlechthin für ein dingliches Recht zu erklären, in der genauesten Verbindung. Bei der bisherigen Verfassung hat sich die Anzahl der landtagsfähigen Rittergutsbesitzer in dem Grade vermindert, daß schon von Zeit zu Zeit Stellen in dem weitem Ausschusse der Ritterschaft nicht besetzt, und die Amtsassen in verschiedenen Aemtern auf dem Landtage nicht repräsentirt werden konnten; und aus mehr als einem Grunde ist vor auszusehn, daß sich diese Anzahl noch ferner von einem Landtage zu dem andern verringern wird. Die nachtheiligen Folgen, die diese Abnahme für den Zweck landständischer Versammlungen haben muß, liegen am Tage. Nicht nur, daß das Vaterland der Einsichten und Talente so vieler ausgezeichneten



Männer, die durch die bisherige Verfassung von den Sitzungen der Ritterschaft ausgeschlossen werden, entbehren muß; sondern in einer weniger zahlreichen Versammlung können auch Furcht oder Hoffnung oder Anmaassung weit leichter bei Berathschlagungen den Ausschlag geben, als in einer größern; und wenn anders das politische Gewicht der Stände für die Fortdauer der Constitution selbst nichts weniger, als gleichgültig ist, so ist diese auch bei der größern oder geringern Anzahl der ritterschaftlichen Stände, womit das größere oder geringere Ansehn der Ritterschaft in der genauesten Verbindung steht, auf das wesentlichste interessirt. Vergebens würde man einwenden, daß eine übermässige Vergrößerung der ritterschaftlichen Curie von eben so nachtheiligen Folgen seyn würde. Denn wenn auch diese Besorgniß nicht schon wegen der keinesweges unverhältnismässigen Anzahl von Landtagsfähigen Gütern ohne Grund wäre, so leisten doch die ritterschaftlichen



Ausschüsse, so wie die Eintheilung der Ritterschaft nach den Kreisen für den verfassungsmässigen Gang der Berathschlagungen hinlängliche Bürgschaft.

Noch mehr aber empfiehlt sich der oft erwähnte Vorschlag, als entsprechend dem Zwecke landständischer Versammlungen, wenn man ihn mit den politischen Principien, auf welchen das Stimmrecht der Chursächsischen Landstände beruht, zusammenhält. — Schon oben ist von dem Rechtsgrunde der Landstandschaft gehandelt worden. Aber etwas ganz anderes ist der politische Grund dieses Rechts, d. h. das Princip, aus welchem das Recht der Landstandschaft, im Allgemeinen und im Einzelnen, als zweckmässig für das öffentliche Beste, abgeleitet werden kann. Die Aufsuchung dieses Principis ist um so interessanter, da auf demselben die Kritik über die Organisation einer landständischen Verfassung, ja in einem gewissen Grade das Recht der Landstandschaft selbst beruht.



Das Recht, im Namen der Unterthanen an der Staatsverwaltung Antheil zu nehmen, kann entweder von dem Volke überhaupt, oder von den verschiedenen Ständen, in welche sich das Volk theilt, ausgeübt werden. Es versteht sich jedoch von selbst, daß hier nur von derjenigen Verschiedenheit der Stände die Rede seyn kann, die sich auf die Verschiedenheit der Beschäftigungen gründet, indem eben auf dieser Verschiedenheit das verschiedene politische Interesse des Volkes beruht. — Die eine und die andere Verfassung hat ihre Nachtheile. Jedoch ist es ein sehr bedeutender Vorzug der letztern, daß sie das Stimmrecht in öffentlichen Angelegenheiten mit dem Privatinteresse eines jeden Standes am genauesten verbindet, und daher weniger Gefahr läuft, an der politischen Indolenz der Menschen zu scheitern. (Auch ist es bemerkenswerth, daß die Constitution der Italienischen Republik, an deren Einrichtung einer der größten Staatsmänner unseres Zeitalters



den unmittelbarsten Antheil nahm, gerade von diesem letzten Principe ausgeht.)

Bei der deutschen Landständischen Verfassung liegt eben dieses Princip zum Grunde. So wie man ehemals die verschiedenen Stände im Volke unter den Namen des Lehr-, Wehr- und Nähr-Standes aufführte, so gab es auch in den meisten deutschen Staaten drei Classen von Landständen, die Prälaten (den Lehrstand), die Ritterschaft (den Wehrstand), und die Städte (den Nährstand). In der ersten Classe hatten nur Geistliche (Bischöffe, Aebte, Academien,) Sitz und Stimme; denn in ihren Händen befand sich im Mittelalter ausschließlich der Volksunterricht. Zu der zweiten Classe gehörten nur die adlichen Landeigenthümer; deren Beschäftigung vorzugsweise die Vertheidigung des Vaterlandes war. Endlich in der dritten Classe stimmten bloß die Deputirten der Städte; denn der Bauernstand lebte selbst unter einer politischen Vormundschaft.



Bei jener Eintheilung der Stände lag allerdings ein allgemeines Princip zum Grunde. Denn da die Beschäftigungen, worauf der Wohlstand der Gesellschaft beruht, entweder die Vermehrung oder nur die Erhaltung dieses Wohlstandes zum Zwecke haben können, da ferner die Arbeiten der erstern Art entweder auf Geistescultur oder auf den äussern Wohlstand der Gesellschaft gerichtet seyn können, so kann es überhaupt in einer jeden Nation nur 3 Stände geben, den Lehr-, Nähr- und Wehrstand. Der erstere wird alle Gelehrte und Künstler unter sich begreifen. Der zweite zerfällt wiederum in die Stände der Landbauer, Handwerker und Kaufleute, je nachdem sich die Mitglieder derselben mit der Production, der Fabrication oder der Handlung beschäftigen. Endlich der dritte Stand enthält nicht allein den Soldatenstand, sondern auch alle öffentlichen Beamte unter sich.

Soll aber diese Eintheilung der Stände



bei der Organisation einer Staatsverfassung in Anwendung gebracht werden; so können immer Rücksichten eintreten, aus welchen entweder der eine Stand gar kein Stimmrecht auf Landesversammlungen verlangen kann; oder zwei verschiedene Stände nur zu einer gemeinschaftlichen Repräsentation berechtigt seyn dürften. Der Wehrstand gehört unter die erstere Ausnahme, da theils ein jeder Unterthan im Staate verpflichtet ist, die Waffen zu tragen, theils die Staatsbeamten, als solche, nicht zugleich als Landesrepräsentanten eine Stimme haben können. Unter die zweite Ausnahme hingegen gehören die Fabricanten und Kaufleute, da diese unter sich und in Beziehung auf die übrigen Stände ein und dasselbe Interesse haben können. Es bleiben daher für eine landständische Verfassung nur 3 Klassen übrig, der Stand der Gelehrten, der Stand der Landeigenthümer und der Stand der Handwerker und Kaufleute.

Vergleicht man mit diesem Resultate



die ehemalige und gegenwärtige Landständische Verfassung in den einzelnen deutschen Ländern, und namentlich in Chursachsen, so wird man leicht theils die Mängel dieser Verfassung, theils die Ursachen dieser Mängel entdecken. Was insbesondere die ritterschaftliche Curie betrifft, so lag der Organisation dieser Curie schon ursprünglich die Idee zum Grunde, daß durch die Ritterschaft das Interesse der Landeigenthümer auf Landtagen repräsentirt werden solle; jedoch setzte man mit dieser Idee einen andern Gesichtspunct in Verbindung, indem man den Ritterstand zugleich in der Eigenschaft des Wehrstandes betrachtete, und daher nur den adlichen Landeigenthümer zu den Sitzungen der Ritterschaft zuließ. So lange dieser Stand fast ausschliessend für die Vertheidigung des Vaterlandes wachte, so lange hatte jenes Privilegium des Adels, selbst in politischer Rücksicht, nicht wenig für sich. Als aber die Vertheidigung des Landes sämtlichen Unter-



thanen wiederum anheim fiel, und der Adel nur durch das Recht, die höhern Staatswürden vorzugsweise zu bekleiden, seine Fortdauer erhielt; da fiel nicht nur der politische Grund weg, auf welchem bisher der Vorzug des adlichen Rittergutsbesitzers vor dem bürgerlichen beruht hatte; sondern es konnte dem erstern sogar von dem letztern vorgehalten werden, daß er, der adliche Rittergutsbesitzer, wegen der persönlichen Privilegien, wodurch er mit der Regierung in die genaueste Verbindung gesetzt werde, gerade am wenigsten geschickt sey, das Interesse der Landeigenthümer auf Landesversammlungen zu repräsentiren. Und in der That, wenn anders das, was oben über den politischen Grund der Landstandschaft gesagt worden ist, seine Richtigkeit hat, so dürfte nur die Ausführung des Vorschlages, das Recht, auf den Chursächsischen Landesversammlungen in der ritterschaftlichen Curie zu stimmen, schlechthin für ein dingliches Recht zu



erklären, in die Berathung dieser Curie denjenigen Geist legen können, der, von Privatrücksichten entfernt, nur das Gemeinbeste zum Ziele hat.

Endlich drittens läßt sich dieser Vorschlag, so wie der Staat überhaupt, noch in einer höhern Beziehung betrachten. So wie der Mensch überall nur in dem Absoluten Beruhigung findet, so muß sich ihm auch die Frage aufdringen: In welchem Verhältnisse steht der unmittelbare Zweck des Staates mit dem Endzwecke der Menschheit überhaupt, mit der Cultur unseres Geschlechts? Und so wie er einmal diesen Gesichtspunkt gefaßt hat, wird er bald auch alle einzelne Theile der Verfassung, so wie die Maximen der Regierung aus diesem höhern Standpuncte prüfen; in der festen Ueberzeugung, daß eine jede wahrhaft politische Maafsregel auch für das Interesse der Menschheit überhaupt die zweckmässigste seyn müsse, und daß daher ein Widerspruch zwischen diesem Interesse und zwischen einer poli-



tischen Anstalt wenigstens zu einer nochmaligen strengen Prüfung der letztern auffordere.

Betrachtet man nun aus diesem höheren Standpuncte das ausschliessende Sitz- und Stimmrecht der altadlichen Rittergutsbesitzer auf den Chursächsischen Landes-Versammlungen, so ist es wohl sehr verzeihlich, wenn man sich für die Aufhebung eines Rechtes interessirt, welches dem Fortschreiten in der Cultur nichts weniger als vortheilhaft zu seyn scheint. — Die Staatsverbindung ist zuvörderst für die moralische Cultur des Menschen um deswillen von so grosser Wichtigkeit, weil sie theils den Leidenschaften der Menschen Zaum und Gebiß anlegt, theils die Vereinigung des Menschengeschlechts unter moralischen Gesetzen symbolisch darstellt. Wie läßt es sich aber mit dieser Zweckbeziehung des Staates vereinigen, wenn die Verfassung selbst die verschiedenen Stände des Staates entzweit, und das Feuer der Eifersucht zwischen ihnen



entzündet? — Der Staat kann und soll vorzüglich dadurch einen wohlthätigen Einfluß auf das Herz des Menschen äussern, daß er den Egoismus, unter dem Gewande der Vaterlandsliebe, milder und menschlicher macht. Wie liefse sich also eine Verfassung vertheidigen, die die Liebe zum Vaterlande in einem ansehnlichen Theile der Unterthanen nothwendig vermindern muß? — Eine jede Staatsverfassung, besonders aber die unsrige, steht auch in so fern in der genauesten Beziehung auf die Cultur der Menschen, als sie mannigfaltige Kenntnisse und Vorübungen von allen denen fordert, welche zur Theilnahme an der Staatsgewalt berechtigt oder verpflichtet sind. Wie könnte man sich also für ein Gesetz erklären, das, indem es eine bedeutende Anzahl von Männern von der verfassungsmässigen Theilnahme an der Staatsverwaltung ausschließt, eine der mächtigsten Aufforderungen, sich mit dieser Verfassung bekannt zu machen, für sie vernichtet? Der Staat muß, so wie der einzelne



Mensch, unaufhörlich zum Bessern fortschreiten. Aber noch behutsamer, als dieser, wird er einen jeden Vorschlag zu Veränderungen prüfen, je bedenklicher es für ihn ist, einen einmal gethanen Schritt wieder zurück zu thun. Dringender, als je, fordern ihn die Zeitumstände auf, weder wahre Verbesserungen von der Hand zu weisen, noch scheinbare zu übereilen. So wie die Zeitgeschichte von den Gefahren einer solchen Uebereilung Beispiele zu Tausenden enthält, so dürfte auch der Zeitpunkt nicht fern seyn, wo sich der Einfluß, den wahre Verbesserungen in der Constitution, selbst auf die Kriegsmacht des Staates, haben, unzweideutig offenbaren wird.

---

Absichtlich habe ich mich in der vorstehenden Schrift aller gelehrten Citate enthalten. Ausser den allgemeinen Schriften über die Deutschen Landstände, und über die Chursächsische Verfassung überhaupt, benützte ich bei der Ausarbeitung dieser Abhandlung hauptsächlich folgende Schriften:



Darstellung der Unrechtmässigkeit einer Ausschliessung vom Landtage durch die bei der ritterschaftlichen Curie eingeführte Ahnenprobe; in einem beim K. und Reichs-Kammergerichte von den nicht aufgeschwornen Mitgliedern der Paderbornischen Ritterschaft wider des Herrn Fürst-Bischofs zu Paderborn Hf. Gn. und die ritterschaftliche Curie der Landstände des Hochstiftes Paderborn übergebenen anbefohlenen Gegenberichte; abgefaßt von D. Justus Friedr. Runde. Götting. 1798. 4.

Ledderhose de jure ingenuorum acquirendi feuda. In Zepernick Anal. j. feud. T. II. obs. 30.

Christ. Glob. Biener. D. de civibus praesertim Saxonicis, feudorum equestrium capacibus. Lips. 1784. 4.  
Meine Abhandl. über das ausschliessende Sitz- und Stimmrecht des alten Chursächsischen Adels auf Landtagen. In Weissens Museum für die Sächs. Geschichte etc. II. B. I. St. S. 15. ff.

D. Friedrich Karl Hausmanns kurze Darstellung einiger Verhältnisse in den Meissn. und Thüring. Provinzen des Kurhauses Sachsen. Lpz. 1798. 8.

Ebend. Beiträge zur Kenntniss der Kursächs. Landesversammlungen. Leipz. I. Th. 1798. II. Th. 1798. III. Th. 1800. 8.

Ebend. Kursächsische Landtagsordnung, nebst Beilagen, Bemerkungen und einem Anhang. Leipz. 1799. 8.

D. Christian Ernst Weissens Zusätze und Berichtigungen zu Schrebers ausführl. Nachricht von den Churfürstl. Sächs. Land- und Ausschufstagen. Lpz. 1799. 8.



---

In der Sommerschen Buchhandlung zu  
Leipzig ist so eben erschienen:

**Deutschlands Wohlfahrt. Eine Schrift für gegenwärtigen Zeitpunkt.**

Es ist in der That ein für gegenwärtigen Zeitpunkt äusserst wichtiges Werk, dessen vorurtheilsfreier Verfasser, mit männlichem Muth, die Gebrechen seines Vaterlandes aufdeckt, und, von reiner Menschen- und Vaterlandsliebe beseelt: Mittel an die Hand giebt, sie zu tilgen, und den Nationalgeist der alten Deutschen aus dem Schlummer zu wecken. Es kostet in allen Buchhandlungen 1 thlr. 12 gr. oder 2 fl. 42 kr.

**Entwurf zu einer dem Naturgesetze entsprechenden Rechts- und Gerichtspflege über bürgerliche Rechtsangelegenheiten, für Deutschland; besonders geschrieben für Kursachsen und dessen Landstände. gr. 8. 1 thlr.**

**die Dorf- und Land-Polizey, ein Mittel, den Landmann gesünder, vernünftiger, glücklicher, und wohlhabender zu machen. Ein Buch für Jedermann. Von Friedrich Müller. Nebst Abbildung und Beschreibung einer neu-erfundenen Feuerleiter, um Personen und Sachen aus Feuersgefahr zu retten. Mit Kupfern. 14 gr.**

**D. F. K. Hausmanns kursächsische Landtagsordnung. Nebst Beilagen, Bemerkungen, und einem Anhang merkwürdiger Landtagsreverse, Abschiede, und andrer wichtigen und grösstentheils seltenen Schriften aus dem sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderte. gr. 8. 16 gr.**

Der Verfasser sammelte mit einem ihm ganz eigenthümlichen, und bereits, durch mehrere von ihm



herausgegebene Werke, bekanntem Fleisse und Kentnissen, Alles, was zur Erläuterung obigen Gegenstandes gehört, und was für die, welche sich dieses Buch kaufen, äusserst interessant seyn muss.

D. C. G. Haubolds Handbuch einiger der wichtigsten Chursächsischen Gesezze von allgemeinerem Inhalte. sehr gros 8. 1 thlr. 12 gr. auf englischem Papiere 2 thlr. 8 gr.

Der durch mehrere juristische Arbeiten bekannte, und allgemein geschätzte Herausgeber liefert in diesem Handbuche einen völlig berichtigten Text der Chursächsischen Decisionen und Constitutionen, welche letztere hier, zum ersten male, im Zusammenhange, und mit beständiger Hinweisung auf die Parallelstellen der Consultationum Constitutionum Saxonicarum, nach der Originalausgabe sowohl, als nach der von P. F. Mindanus, abgedruckt erscheinen, und diesem Werke einen vorzüglichen Werth geben. Überdies findet man hier von den neuern Gesezzen, vorzüglich diejenigen, welche, wegen des grössern Umfangs ihres Inhaltes, ein allgemeineres Interesse haben, und welche, beim täglichen Handgebrauche, oder auch, bei der akademischen Vorbereitung auf das Studium des vaterländischen Rechts, unentbehrlich seyn möchten. Überall findet man die spätern Gesezze, welche die dieser Sammlung einverleibten erläutern, oder abändern, angemerkt. — Es ist also einleuchtend, dass dieses Werk jedem praktischen Juristen unentbehrlich, und Jedem, der sich um die vaterländischen Gesezze bekümmert, äusserst interessant seyn müsse.

Anweisung, wie man sich für wenig Geld eine ziemlich starke Bibliothek anschaffen könne.  
Sechzehnte stark vermehrte Aufl. (kostet nichts)

*Ausser obigen sind noch nachfolgende vaterländische und das Vaterland interessirende Schriften in der Sommerschen Buchhandlung erschienen:*

- 1) Beschreibung, geographische, naturhistorische, und vorzüglich mineralogische, des Harzgebirges. Nebst Darstellung des auf dem Harze befindlichen Berg- und Hüttenwesens. 2 Bände. 8. 1800. 2 thlr.



- 2) Böhme, D. Joh. Gottl., de Litteratura Lipsiensi Opuscula academica. Acc. Rich. Croci Britannici Enconium Academiae Lipsiensis et Henrici Stromeri Auerbachii sermo panegyricus Petro Mosellano dictus, cum Mosellani responsione. med. 8. 12 gr.
- 3) Churfürst Johann Friedrich. Ein historisches Trauerspiel mit vier Pausen. gr. 8. 18 gr.
- 4) Denunciations - oder Untersuchungsprozess, der praktisch erläuterte; oder: wie man sich in Klag- und Untersuchungssachen, in Rügen - Polizey - und peinlichen Fällen vor Gericht zu verhalten und zu vertheidigen hat. Ein Buch für Advokaten, für Richter, und für Jedermann, der in dergleichen Prozesse verwickelt wird. 8. 1798. 8 gr.
- 5) Engelhards, K. A., Darstellungen aus der Sächsischen Geschichte. Für die vaterländische Jugend. Mit einem Titelkupfer von Stölzel. 8. 799. 18 gr.
- 6) L'Esprit et le Système du Gouvernement de la Saxe depuis la mort du feu Roi Auguste III. (par W. de Ferber.) gr. 8. 8 gr.
- 7) Fischeri, I. F., Oratiunculæ VIII. de virtutibus et ornamentis Ernesti pii, Saxoniae principis, atque Viti Ludovici Sequendorffii, eius amici. 8. maj. 12 gr.
- 8) Försters, M. I. C., Auszug aus solchen Churfürstlich Sächsischen Landesgesetzen, welche jeder Unterthan wissen muss. Vorzüglich zum Gebrauche für Stadt- und Dorfschulen. Zweite Ausg. 8. 801. 10 gr.
- 9) Fussreise nach dem Brocken, und über den Harz. Ein Wegweiser für diejenigen, welche den Harz bereisen. Nebst einem Kupfer, und einer Reisekarte nach dem Brocken und über den Harz. 804. 20 gr.
- 10) Meisners, C. H., das Ganze der Holzsparkunst; oder: wie man es, bei dem jezzigen, immer mehr überhand nehmenden Holz-mangel anfangen müsse, um auf eine vortheilhafte Art Holz anzubauen, und um in Back-, Brenn-, Brau-, Darr- und Stubenöfen beträchtlich Holz zu ersparen. Zwei Bände. Mit 25 Kupfertafeln. 1803. 2 thlr. 20 gr.
- 11) Meisners, I. F., kurzer Auszug aus der Geschichte von Sachsen, Thüringen, und Meissen, für Schüler deutscher Schulen. 1796. 7 gr.
- 12) Rössigs, D. K. G., Leipziger Handelsrecht; nach Maasgabe der Leipziger Handelsgerichtsordnung, der zu ihrer Erläuterung dienenden, und auf sie Bezug habenden Gesetze, und des Gerichtsgebrauchs. Zum Gebrauche für Kaufleute, Rechtsgelehrte, und für andre Personen. 796. gr. 8. 1 thlr.
- 13) Rössig, D. K. G., über die wahren Verhältnisse



des kaiserlichen und Reichskammergerichts zu Sr. Kayserlichen Majestät, und zu den hohen Ständen des Reichs. 8. 6 gr.

14) Stübels, D. C. C., System des allgemeinen peinlichen Rechts, mit Anwendung auf die in Chursachsen geltenden Gesezze. 1. und 2. Band. gr. 8. 22 gr.

15) Versuch einer Schilderung des ältesten natürlichen Zustandes Deutschlands, und einer Geschichte der Entstehung und des Verfalls der Schlösser in Süd-Obersachsen, bis zu Ende des Mittelalters, oder bis 1512., nebst einer Beschreibung der Lage und Bauart der alten Schlösser, und einem vorangeschickten alphabetischen Verzeichnisse aller alten Berg- und Raubschlösser, verfallener, oder wüster, und gänzlich zerstörter Burgen, Berg- und Wasser-Vesten des Mittelalters, fürstlicher, gräflicher und adelicher Lust-Jagd und andrer Schlösser und Häuser in Süd-Obersachsen, in der Lausitz, im Saalkreise, in den Fürstenthümern Halberstadt und Blankenburg, auf und an dem Harze, auf und an dem Eichsfelde, im Erfurt'schen, Mühlhaus'schen und Goslarschen Gebiete, in der Grafschaft Henneberg, in der Herrschaft Asch, und in einem Theile von Magdeburg, Wolfenbüttel, Hildesheim, Calenberg, Hessen und Fulda. Ein Beitrag zur Erläuterung der ältern Deutschen, besonders Sächsischen, Thüringischen und Meissnischen Geschichte. Mit einer grossen Landkarte. 1804. 1 thlr.

16) Wegweiser durch das Seifersdorfer Thal bei Dresden. Zum Gebrauche für solche, die dieses romantische Thal besuchen. 12. 6 gr.

17) Weiss, M. C., Wanderungen in Sachsen, Schlesien, Glatz und Böhmen. 2 Bände. 1800. gr. 8. 1 thlr. 12 gr.

*Nachfolgende Schriften hat die Sommersche Buchhandlung in grösserer Anzahl an sich gekauft, und verkauft solche in den dabey bemerkten äusserst erniedrigten Preisen.*

1) Erhard's, C. D., Betrachtungen über Leopolds des Weisen Gesetzgebung in Toscana. Mit einem sehr schönen Titelkupfer. gr. 8. 1791. Ladenpreis 1 thlr. 12 gr. jetzt 12 gr.

2) Fantasieen auf einer Reise nach Prag. von K. Mit 1 Titelkupfer. 1792. Lad. 8 gr. jetzt 2 gr.



- 3) Grotii, Hugonis, de iure belli ac pacis libri III., in quibus ius naturae et gentium, item iuris publici praecipua explicantur. Cum annotatis auctoris, eiusdemque dissertatione de mari libero; ac libello singulari de aequitate, indulgentia, et facilitate: nec non Jo. Fr. Gronovii, V. C. notis in totum opus de iure belli ac pacis, ex altera recensione Jo. Barbeyracii. Cum notulis eiusdem nunc auctioribus, plurimumque locorum ex auctor. quib. laud. adcuratori indicatione. Voll. II. 8. maj. Ladenpreis 2 thlr. 16 gr. jezt 1 thlr. 8 gr.
- 4) Jacobi, A. L., einige Staatsangelegenheiten. Enthaltend: a) Beitrag zur Entwikkelung der natürlichen Rechte der höchsten Gewalt, in Rücksicht auf bürgerliche Freiheit. b) Apologie der Todesstrafen. c) Betrachtungen über einige neuere Zweifel wider den Nuzzen der Fabriken und Manufakturen in fruchtbaren Staaten, und die zu ihrem Aufkommen gebräuchlichen Beförderungsmittel. d) Zusätze zu den bisher gebrachten Gründen gegen das physiokratische Beschüzzungssystem. e) Zweifel gegen die Möglichkeit einer allgemeinen Aufhebung der Frohnen, nebst Vorschlägen zu Verminderung ihrer Schädlichkeit. 1798. 8. Lad. 1 thlr. jezt 8 gr.
- 5) von Justi, Natur und Wesen der Staaten, als die Quelle aller Regierungswissenschaften und Gesetze. Mit Anmerkungen herausgegeben von D. H. G. Scheidemantel. gr. 8. Ladenpr. 1 thlr. 4 gr. jezt 8 gr.
- 6) Kindlingers, Nik., Geschichte der ältern Grafen; welche die Grafen als Reichsbeamte im Kriegs- und Justizwesen aufstellt, die darin bis zum 15ten Jahrhundert vorgegangenen Veränderungen und den Gang zeigt, wie die Grafen, nebst den Bischöffen und Andern, zur Landeshohheit kamen, dabey die Geschichte der Westphälischen Fehm- und Freygerichte mit aufnimmt, und zeigt, dass sie, auch nach dem 12ten Jahrhundert, bis zu ihrem gänzlichen Verfall im 16ten Jahrhundert, in allen geistlichen und weltlichen Territorien Westphalens bestanden haben. 2 Bände. 793. Ladenpreis 2 thlr. 4 gr. jezt 16 gr.
- 7) von Martini, K., allgemeines Recht der Staaten. Ganz neue, von dem Verfasser selbst veranstaltete Übersezzung. 1797. gr. 8. Lad. 1 thlr. jezt 12 gr.
- 8) Meisners, G. B., Gemälde der Oberlausitz. Mit 1 Kupfer. Ladenpreis 18 gr. jezt 8 gr.
- 9) Randels, I. F., neuere Staatskunde von Spanien.

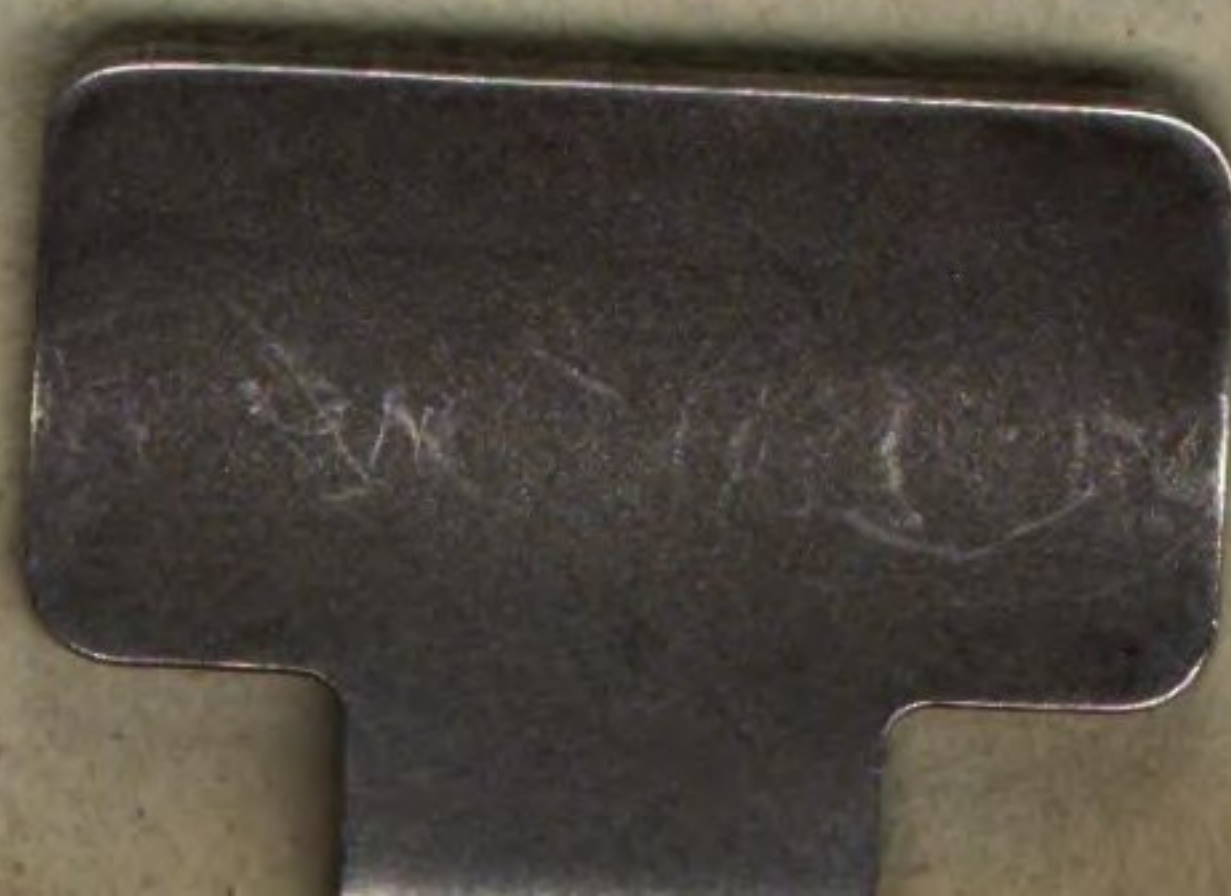


- 2 Bände. 1797. Lad. 2 thlr. 18 gr. jezt 16 gr.
- 10) Reise durch Thüringen. Mit 1 Kupfer. 1800.  
Ladenpreis. 18 gr. jezt 8 gr.
- 11) die Sachsen in Siebenbürgen. 794. L. 6 gr. j. 2 gr.
- 12) Schulz, I. G., Abriss einer Regentengeschichte von  
Sachsen. 1795. Ladenpreis 4 gr. jezt 2 gr.
- 13) Tableau historique, pour servir à la connoissance  
des affaires politiques et économiques de l'Electorat  
de Saxe et des provinces incorporées ou reunies. par  
J. G. Canzler. gr. in-4. à Dresde. L. 8 thlr. j. 3 thlr.
- 14) von Üchtritz, A. W. B., diplomatische Nach-  
richten von adelichen Familien. 7 Bände. 1795.  
Ladenpreis 3 thlr. 3 gr. jezt 1 thlr.
- 15) Wernheri, Io. Balth., compendium iuris, quo  
Germani hodie, ac inprimis Saxones, in foro utuntur.  
Inserta est locis convenientibus ordinatio processus  
recognita Sax. Elect. nec non praemissa succincta  
introductio in praxin, et sub finem index poena-  
rum in ordinat. Process. constitutarum adiectus.  
A. Io. Fried. Wernhero D. revisum et nunc auctum  
Iac. Ritteri Lucubrationibus iuris feudalis, Paratit-  
lis et additionibus ad usum praedicti fori moder-  
num spectantibus. 8. Ladenpreis. 18 gr. jezt 8 gr.
- 16) Scenen aus dem Leben Joh. Friedrichs des Gross-  
müthigen, letzten Churfürstens von Sachsen, Ernesti-  
nischer Linie. Dramatisirt von C. G. Cramer. 1793.  
2 Bände mit 24 Kupfern von D. Berger, Geyser,  
Dornheim, und Andern. L. 1 thlr. 14 gr. j. 12 gr.



*Pauff*

r.  
o.  
r.  
r.  
on  
gl.  
ce  
rat  
ar  
lr.  
th.  
96.  
dr.  
uo  
ur.  
sua  
ctu  
na.  
us.  
um  
tit.  
er.  
gr.  
ss.  
ti.  
5.  
r,  
gr.









Zachariä von Lingenthal, Karl Salomo,

Gegen das ausschließende Sitz- und Stimmrecht des alten Adels auf den  
chursächsischen Landesversammlungen

Leipzig 1805

J.publ.g. 897 b

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10562469-7